



Sicherheitsdepartement

Auszug aus dem Geschäftsbericht 2021 des Stadtrats

Sicherheits- departement

Geschäftsbericht Sicherheitsdepartement

1. Vorwort	113
2. Jahresschwerpunkte	114
3. Kennzahlen Sicherheitsdepartement	116
4. Departementssekretariat, Dienstabteilungen	117
4.1 Departementssekretariat	117
4.1.1 Aufgaben	117
4.1.2 Finanzkennzahlen	117
4.2 Stadtpolizei	117
4.2.1 Aufgaben	117
4.2.2 Jahresschwerpunkte	117
4.2.3 Allgemeine Kennzahlen	120
4.2.4 Spezifische Kennzahlen	121
4.3 Schutz & Rettung	121
4.3.1 Aufgaben	121
4.3.2 Jahresschwerpunkte	121
4.3.3 Allgemeine Kennzahlen	123
4.3.4 Finanzkennzahlen	124
4.4 Dienstabteilung Verkehr	124
4.4.1 Aufgaben	124
4.4.2 Jahresschwerpunkte	124
4.4.3 Allgemeine Kennzahlen	126
4.4.4 Spezifische Kennzahlen	126
4.5 Stadtrichteramt	127
4.5.1 Aufgaben	127
4.5.2 Jahresschwerpunkte	127
4.5.3 Allgemeine Kennzahlen	128
4.5.4 Spezifische Kennzahlen	128
5. Parlamentarische Vorstösse	129

1. Vorwort



Karin Rykart. (Bild: Sicherheitsdepartement)

Beim Blick auf das vergangene Geschäftsjahr fallen leider immer noch die Besonderheiten der Pandemie ins Gewicht. Mit der Anfang 2021 aufgekommenen Möglichkeit zur Impfung flammte zwar die Hoffnung auf, die weltumspannende Krankheit könne eingedämmt, ja vielleicht sogar rasch überwunden werden, aber die Hoffnung hat sich angesichts der hohen Fallzahlen gegen Ende der zweiten Jahreshälfte zerschlagen und ist der Einsicht gewichen, dass wir mit Corona in der einen oder anderen Form wohl noch eine Weile werden leben müssen. Die Impffrage hat im letzten Jahr Gräben aufgetan. Manche waren fürs Impfen, andere skeptisch oder dagegen; und der Riss, der durch unsere Gesellschaft geht, war auch für die Arbeit im Sicherheitsdepartement eine Herausforderung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Departementssekretariat und in den vier Dienstabteilungen Stadtrichteramt, Verkehr, Schutz & Rettung und Stadtpolizei haben sich auch angesichts der Pandemie mit Ausdauer und Kreativität für unsere Stadt eingesetzt und für ihre Einwohnerinnen und Einwohner – selbst dann, wenn es einmal besonders schwierig war und es Situationen gab, die mit scheinbar unversöhnlichen Corona-Haltungen aufgeladen waren.

In diesem Geschäftsbericht legen wir nun aber ungeachtet dieser unerfreulichen allgemeinen thematischen Vorherrschaft den Fokus auf jene Themen, die uns im Jahr 2021 herausgefordert haben und teilweise auch in den kommenden Jahren noch beschäftigen werden. So wurde beispielsweise im Mai das niederschwellige Meldetool «Zürich schaut hin» lanciert, auf dem sexistische, homo- und transfeindliche Belästigungen im öffentlichen Raum mitgeteilt werden können. Parallel dazu lancierten wir zusammen mit dem Präsidialdepartement eine Kampagne zur Sensibilisierung für das Thema und boten Weiterbildungen an. Ende Jahr zeigte sich, dass das Meldetool einem Bedürfnis entspricht: Es wurde 900 Mal benutzt – und die Auswertung der Meldungen zeigte, dass sexuelle Belästigungen nicht nur am Wochenende und im Nachtleben stattfinden, sondern auch tagsüber und unter der Woche – und dies in aller Öffentlichkeit.

Die Stadtpolizei hat im Sommer 2021 einen grossen Versuch durchgeführt mit sogenannten Dialogorientierten Patrouillen. Während des Versuchs waren bestimmte Patrouillen der Uniformpolizei zu Fuss oder auf dem Bike unterwegs, um die Ansprechbarkeit zu erhöhen – dieses Bedürfnis seitens der Bevölkerung war in einer grossen Umfrage ausgemacht worden.

Während des Versuchs hat die Stadtpolizei mehr als 4000 Stunden für diese dialogorientierten Patrouillen aufgewendet, wobei rund 7000 Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern oder Gewerbetreibenden zustande kamen.

Bei Schutz & Rettung prägten Wetterextreme das vergangene Jahr. Kurz nach Jahresbeginn setzte in der Region Zürich ein Dauerregen ein, der Mitte Januar in heftigen Schneefall überging. Unter der Schneelast knickten zahlreiche Äste und VBZ-Fahrleitungen, und Menschen verletzten sich auf den rutschigen Gehwegen. Mehr als 600 Einsätze verzeichnete allein die Feuerwehr. Ein halbes Jahr später zog ein Gewittersturm mit Hagel über die Stadt und richtete innert kürzester Zeit grossen Schaden an. Innerhalb einer Stunde gingen bei Schutz & Rettung tausend Notrufe ein. Weil der Regen danach nicht aufhörte, stieg der Pegel des Zürichsees bedrohlich an.

Unter Federführung des Sicherheitsdepartements hat der Stadtrat im Jahr 2021 die dritte Etappe der nach Bundesrecht geforderten Strassenlärmsanierung beschlossen und in die Umsetzungsphase geleitet. Demnach sollen aus Lärmschutzgründen bis 2030 rund 150 Kilometer der Zürcher Strassen mit Tempo 30 ausgeschildert werden – zusätzlich zu den bestehenden Tempo-30-Strecken. Zu diesem stadträtlichen Geschwindigkeitsplan lieferte die Dienstabteilung Verkehr umfangreiche Vorarbeiten und einen umfassenden Bericht.

In einer Stadt, die sich in Sachen Verkehr derzeit stark im Wandel befindet und den sanften Verkehrsformen mehr Platz einräumt, steigt der Druck auf die Parkflächen für Autos. Hier bestand die Herausforderung darin, die Bewirtschaftung von Parkplätzen auf öffentlichem Grund neu zu regeln. Nach der Abstimmung über den Richtplan Verkehr im November 2021 hatte sich die Ausgangslage für die im Jahr 2021 dem Gemeinderat vorgelegte Parkkartenverordnung allerdings geändert, weshalb nun eine neue Vorlage erarbeitet wird.

Mit diesen Beispielen aus dem Sicherheitsdepartement habe ich hoffentlich die Neugier geweckt auf die zahlreichen Arbeitsschwerpunkte in meinen vier Dienstabteilungen und dem Departementssekretariat, die wir in diesem Geschäftsbericht abbilden. An dieser Stelle spreche ich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren ausdauernden Einsatz und ihr beeindruckendes Fachwissen meinen herzlichen Dank aus.

Stadträtin Karin Rykart
Vorsteherin des Sicherheitsdepartements

2. Jahresschwerpunkte

Diversity Management und Gleichstellungsplan

Für das Jahr 2021 lag der Fokus auf Massnahmen zur gesamtstädtischen 35%-Zielvorgabe im Kader (STRB Nr. 100/2015). Wird für eine Kaderstelle nicht das untervertretene Geschlecht (Anteil kleiner als 35%) ausgewählt, muss dieser Entscheid gegenüber der Departementsvorsteherin begründet werden. Dieser Prozess hat sich etabliert und sorgt dafür, dass der Thematik die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Oft erhält die Stadtpolizei auf offene Stellen ab Funktionsstufe 12 weder intern noch extern Bewerbungen von Frauen; und wenn doch, dann sind es nur sehr wenige. Deshalb werden Kaderstellen extern explizit mit dem Vermerk «Bei gleichwertiger Qualifikation und Berufserfahrung wird einer Bewerberin Vorrang gegeben» ausgeschrieben.

Das weitere Augenmerk lag erneut bei den Rekrutierungen, denn gerade in Monopolberufen definiert der Frauenanteil in der Grundausbildung, wie gross der Anteil an Frauen ist, die später für Kaderpositionen zur Verfügung stehen. 2021 konnten aufgrund des angepassten Rekrutierungsprozesses bei der Stadtpolizei erstmals Klassen mit bis zu 50% Frauenanteil besetzt werden.

Mit dem Ziel, innerhalb des Polizeikorps mehr Diversität zu erreichen, hat der Stadtrat mit Beschluss Nr. 465/2021 die Anstellungsbedingungen für Bewerberinnen und Bewerber mit einer Niederlassungsbewilligung C neu festgelegt (Teilrevision Art. 20 AB PR). Daraufhin bewarben sich acht Personen (fünf Männer sowie drei Frauen) mit einer Niederlassungsbewilligung C aus insgesamt 270 Bewerbungen bei der Stadtpolizei. Aufgrund einer parlamentarischen Initiative im Kantonsrat wurden diese Bemühungen der Stadt Zürich aufgehoben und es können nur Personen mit Schweizerpass die Ausbildung zur Polizistin und zum Polizisten absolvieren.

Ein weiterer Schwerpunkt war, die Attraktivität der Blaulichtberufe zu steigern. Teilzeitarbeit ist für die Mitarbeitenden wichtig und ein Schlüssel, um mehr Frauen und Männer zu gewinnen, die einem ausserberuflichem Engagement nachgehen. Im Jahr 2021 wurde deshalb bei Schutz & Rettung und der Stadtpolizei eine interne Umfrage zur Vereinbarkeit von ausserberuflichem Engagement und zum Schichtbetrieb durchgeführt. 40% aller Mitarbeitenden haben sich daran beteiligt. Die Auswertung zeigt: In den Bereichen Betriebskultur, Job-sharing-Angebote, Teilzeit auf Führungsstufe und passenden Kinderbetreuungsangeboten gibt es gerade im Hinblick auf die aktuellen Schichtpläne Potenzial, um die Vereinbarkeit besser zu gewährleisten. Auf Basis dieser Ergebnisse werden mit Workshops die einzelnen Fragestellungen erörtert, mögliche Lösungsvorschläge diskutiert und Massnahmen entwickelt, um bei der Vereinbarkeit von (Schicht-)Beruf und ausserberuflichem Engagement einen weiteren Schritt vorwärts zu kommen.

Sexuelle Belästigungen im öffentlichen Raum

Mit der erfolgreichen Lancierung der niederschweligen Meldemöglichkeit «zuerich-schaut-hin.ch» im Mai 2021, der parallel einhergehenden ersten Kampagne, und einem zweiten Kampagnenschwerpunkt im Herbst mit dem Fokus «Nachtleben» wurden wichtige Meilensteine innerhalb des Projekts erreicht. In Zusammenarbeit mit Akteurinnen und Akteuren des Nachtlebens (zum Beispiel Bar- und Klubkommission, Gastro Zürich, Security Firmen, Stadtpolizei, Offene Jugendarbeit Zürich (OJA), Dynamo) wurde ein einheitliches Vorgehen bei Belästigungsfällen im Nachtleben erarbeitet. Die dafür zur Verfügung gestellten Dokumente werden von den beteiligten Betrieben bis im Frühjahr 2022 auf Praxistauglichkeit geprüft und anschliessend ausgewertet. Weiter lag der Fokus auf den Schulungen von im Nachtleben tätigen Personen, an denen neben der OJA, sip Züri auch die Stadtpolizei beteiligt ist. Der Schulungstag fand im September 2021 statt.

Polizeipräsenz in der Grosstadt

Die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements und der Kommandant der Stadtpolizei Zürich haben im Strategischen Plan 2019 die Polizeiarbeit in der Grosstadt zum Schwerpunkt erklärt.

Die Bevölkerungsumfrage im Jahr 2016 sowie auch jene aus dem Jahr 2020 zeigten, dass die Mehrheit der Bevölkerung im hohen Masse mit der Arbeit der Stadtpolizei Zürich zufrieden ist. Einzig Fusspatrouillen, die als ansprechbarer und nahbarer gelten, würde sich ein Teil der Befragten mehr wünschen.

Vom 1. Mai bis zum 30. September 2021 wurde ein Pilotversuch mit «Dialogorientierten Patrouillen» (DoPa) durchgeführt. Um die Ansprechbarkeit mit der Bevölkerung zu erleichtern, wurden die Mitarbeitenden angewiesen, aktiv das Gespräch mit der Bevölkerung und dem Gewerbe zu suchen. Der Fokus der DoPa wurde dabei auf Fuss- und Bikepatrouillen gelegt. Für den Versuch wurden Angehörige der Uniformpolizei der Regionalwachen City, Industrie und Aussersihl, der Bikepolice, der Quartierwachen Enge und Riesbach sowie der Ausbildungswache Seilergraben einbezogen.

Während des Versuchs wurden über 4000 Stunden mit Fuss- oder Bikepatrouillen sowie mit Halten mit Streifenwagen, bei denen die Polizistinnen und Polizisten aus dem Fahrzeug ausstiegen, durchgeführt. Insgesamt fanden fast 7000 Gespräche mit der Bevölkerung und dem Gewerbe statt, wobei die Initiative zum Gespräch je zur Hälfte von der Stadtpolizei oder der Bevölkerung ausging.

Begleitet wurde der Pilotversuch von zwei Umfragen beim Gewerbe (vor und nach dem Pilotversuch) und mit Fokusgruppengesprächen, ebenfalls vor und nach dem Pilotversuch. Der Kontakt mit der Stadtpolizei, direkt auf der Strasse, im Geschäft oder in Form von Fokusgruppengesprächen wird allgemein sehr geschätzt.

Nach Abschluss und Auswertung des Pilotversuchs wurde das Projekt beendet. Die DoPa werden auf dem ganzen Stadtgebiet in Ergänzung zu den bereits heute bestehenden Streifenwagen und Patrouillendiensten eingeführt.

Gewalt im öffentlichen Raum

Im Rahmen dieses Schwerpunkts wird das Augenmerk auf die verschiedenen Projekte und Arbeiten gegen Gewalt im öffentlichen Raum gelegt. Die Entwicklungen werden beobachtet und das Sicherheitsdepartement und die Stadtpolizei sind in mehreren Gefässen involviert, die sich mit der Gewalt im öffentlichen Raum auseinandersetzen.

Im Jahr 2021 waren das Sicherheitsdepartement und die Stadtpolizei aktiv am Projekt «Surplus» des Sozialdepartements beteiligt. Die Zusammenarbeit mit den präventiven und aufsuchenden Organisationen von sip züri, der mobilen Jugendarbeit der OJA sowie Saferparty Streetwork und ein Bus hat zu einer lage- und ressourcenorientierten Bewirtschaftung von Schwerpunktgebieten von möglicher Gewalt auf Stadtgebiet geführt. Der Schlüssel zum Erfolg von Surplus ist der koordinative Ansatz, bei dem mehrere Akteurinnen und Akteure gleichzeitig und intensiv einen Sozialraum bearbeiten.

Die Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen wird im Rahmen der Delegation «Doppelpass» laufend von den Fussballclubs FCZ und GC, dem Eishockeyclub ZSC Lions und den Vertretungen des Sicherheitsdepartements, des Schul- und Sportdepartements und des Sozialdepartements beobachtet und wenn notwendig werden Massnahmen koordiniert.

Im Bereich übermässiger Substanzkonsum im öffentlichen Raum hat sich ein Vorgehen der Stadtpolizei bei alkoholtrinkenden Jugendlichen unter 16 Jahren bewährt: Betroffene Kinder werden auf den Posten gebracht und ihren Eltern oder Erziehungsberechtigten übergeben.

Parkplatzbewirtschaftung

Die unterschiedlichen Regelungen des Parkierens auf öffentlichem Grund der Stadt Zürich sind zahlreich und nicht immer schlüssig. Der zunehmende Druck auf die Verkehrsflächen wirft die Frage nach einer Ausdehnung der Gebührenpflicht auf weitere öffentliche Flächen auf. Zudem sind zurzeit zahlreiche parlamentarische Vorstösse zum Thema Parkplatzbewirtschaftung für den Motorisierten Individualverkehr (MIV), inklusive Gewerbeverkehr, hängig. Der Stadtrat hat im Juli 2020 dem Gemeinderat eine Totalrevision der Verordnung über die Parkierungs- und Zufahrtsbewilligungen (Parkkartenverordnung) beantragt. Im Rahmen der Behandlung der Vorlage durch die beratende Kommission wurden einige Änderungswünsche geäussert. Im November 2021 wurde in der Stadt Zürich über den Richtplan Verkehr abgestimmt. Das Stimmvolk nahm diesen an. Unter anderem sieht der Richtplan Verkehr die Einführung des «Bieler Modells» vor; das heisst, Anwohnerparkkarten werden nur abgegeben, wenn an der Wohnadresse keine private Abstellmöglichkeit zur Verfügung steht. Aufgrund dieser neuen Ausgangslage hat der Stadtrat am 1. Dezember 2021 die Weisung zurückgezogen. Im Jahr 2022 wird eine angepasste Vorlage erarbeitet. Die Schaffung einer Jahresbewilligung für Handwerkende und Servicebeauftragte mit erweitertem Geltungsbereich und die Umsetzung der Forderung nach Parkierungsbewilligungen für den stationslosen Autoverleih werden wiederum vorgesehen.

3. Kennzahlen Sicherheitsdepartement

	2017	2018	2019 ¹	2020	2021
Mitarbeitende total	2879	2896	2919	2942	2969
– davon Frauen	820	832	833	840	861
– davon Männer	2059	2064	2086	2102	2108
Ø FTE ²	2681	2691	2703	2708	2730
Führungskader total	613	607	588	633	646
– davon Frauen	66	68	62	76	77
– davon Männer	547	539	526	557	569
Vertretung der Geschlechter im Kader (in %)³					
Funktionsstufe	F M	F M	F M	F M	F M
FS 16–18	16,7 83,3	23,1 76,9	23,1 76,9	21,4 78,6	15,4 84,6
FS 14–15	14,3 85,7	15,0 85,0	10,5 89,5	10,8 89,2	12,8 87,2
FS 12–13	21,4 78,6	19,7 80,3	22,3 77,7	23,3 76,7	23,4 76,6
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad ≥ 90,00% (Vollzeitstellen)					
Total	2342	2333	2340	2341	2324
Frauen	443	440	437	438	429
Männer	1899	1893	1903	1903	1895
Frauen (in %)	18,9	18,9	18,7	18,7	18,5
Männer (in %)	81,1	81,1	81,3	81,3	81,5
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 50,00–89,99% (Teilzeitstellen I)					
Total	464	490	499	509	557
Frauen	310	328	331	325	361
Männer	154	162	168	184	196
Frauen (in %)	66,8	66,9	66,3	63,9	64,8
Männer (in %)	33,2	33,1	33,7	36,1	35,2
Anstellungen mit Beschäftigungsgrad = 0,01–49,99% (Teilzeitstellen II)					
Total	115	125	129	145	146
Frauen	81	89	91	102	97
Männer	34	36	38	43	49
Frauen (in %)	70,4	71,2	70,5	70,3	66,4
Männer (in %)	29,6	28,8	29,5	29,7	33,6
Lernende					
Total	18	17	18	18	17
– davon Frauen	9	6	8	9	11
– davon Männer	9	11	10	9	6
Total Aufwand	568 202 910	576 796 451	551 579 121	551 078 376	563 287 492
Personalaufwand	386 732 490	386 575 821	383 356 438	385 831 743	396 282 127
Sach- und übriger Betriebsaufwand	68 984 823	67 867 950	76 507 810	77 194 997	76 861 396
Übriger Aufwand	112 485 597	122 352 680	91 714 873	88 051 636	90 143 969
Bruttoinvestitionen	16 168 095	20 736 033	25 417 973	30 913 697	24 937 945
Verwaltungs- vermögen					

1 Ab 2019 richten sich die Finanzkennzahlen nach der Rechnungslegung gemäss HRM2.

2 Es wird der durchschnittliche FTE (entspricht dem Ø Beschäftigungsgrad netto) ausgewiesen.

3 Exkl. Mitarbeiterkreise 12 Behördenmitglied, 30 Lehrpersonal SVL, 32 Kindergärtner/In, 33 Lehrpersonal FSV Viventa, 34 Musiklehrer/In.
Bitte beachten Sie, dass die Zahlen von 2018 (Stadträte) 2020 (Behördenmitglieder) aufgrund einer Filterkorrektur angepasst wurden.

Definitionen: In den jeweiligen Zahlen sind diejenigen Mitarbeiterkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil genannt sind. Es werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung per 31. Dezember gezählt. Mehrfachanstellungen werden einzeln mit dem entsprechenden Beschäftigungsgrad ausgewiesen.

4. Departementssekretariat, Dienstabteilungen

4.1 Departementssekretariat

4.1.1 Aufgaben

Zentrale Aufgabe des Departementssekretariats ist es, die Departementsvorsteherin bei ihrer Geschäftsführung zu unterstützen. Als Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung hat das Departementssekretariat die verschiedenen Interessen im Auge zu behalten und den Ausgleich zu suchen. Daneben sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stabs in zahlreichen Projekten involviert. Die breite politische Thematisierung städtischer Anliegen in der Sicherheitspolitik wird mit einer transparenten, sachlichen und aktiven Kommunikation unterstützt.

4.1.2 Finanzkennzahlen

Beträge (in Fr.)	2017	2018	2019	2020	2021
Aufwand	4 245 950	4 120 367	4 063 420	4 079 661	3 670 891
Ertrag	-128 671	-129 866	-84 829	-91 241	-130 242
Saldo	4 117 279	3 990 501	3 978 591	3 988 420	3 540 649

4.2 Stadtpolizei

4.2.1 Aufgaben

Auf dem Gebiet der Stadt Zürich sind zwei Polizeikorps tätig: die Kantonspolizei Zürich und die Stadtpolizei Zürich. Die Aufgabenteilung zwischen den beiden Polizeikorps ist im Polizeiorganisationsgesetz vom 29. November 2004 geregelt. Im sicherheitspolizeilichen Bereich handelt die Stadtpolizei ohne Einschränkungen. Im kriminalpolizeilichen Bereich stellt sie die Grundversorgung sicher. Zur Bewältigung stadtspezifischer Kriminalität verfügt sie bei Verfahren im Zusammenhang mit der Betäubungsmittelszene, mit Kinder- und Jugendproblemen und dem Sexualmilieu über umfassende Ermittlungskompetenzen. Auch in den weiteren kriminalpolizeilichen Belangen erfolgt die Erstaufnahme immer durch die Stadtpolizei.

Die Stadtpolizei Zürich arbeitet eng mit anderen städtischen Diensten zusammen, insbesondere mit dem Sozialdepartement, dem Gesundheits- und Umweltdepartement sowie dem Schul- und Sportdepartement, insbesondere in den Bereichen Drogenprobleme, Lärmbelästigungen, Pandemie. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass gesellschaftliche Probleme in den Städten nicht mit der Polizei allein, sondern nur im Verbund mit anderen städtischen Diensten angegangen werden können.

Für weitere Angaben: www.stadt-zuerich.ch/stadtpolizei

4.2.2 Jahresschwerpunkte

Geplante Stellenerhöhungen bei der Stadtpolizei (Planstellenschaffung 2022–2030)

Die Stadtpolizei Zürich steht auch künftig vor grossen Herausforderungen, unter anderem bedingt durch den gesellschaftlichen Wandel sowie die demographische Entwicklung. Die Auswirkungen der 24-Stunden-Gesellschaft beeinflussen die Arbeit der Stadtpolizei nach wie vor sehr stark. In den letzten Jahren sind zudem die Einsatzstunden für Sondereinsätze bei politischen Veranstaltungen, anderen Grossveranstaltungen, Sponta-

nergebnissen und Fussballspielen angestiegen. Hinzu kommen neue Aufgaben, zum Beispiel im Bereich der digitalisierten Kriminalität, welche die Polizei fordern.

Als Grundlage für den Antrag auf Stellenschaffung hat die Stadtpolizei die geschilderten Herausforderungen in einem Bericht detailliert umschrieben. Alleine mit betrieblichen Optimierungen, welche die Stadtpolizei bereits seit Jahren laufend vornimmt, kann den künftigen Herausforderungen nicht begegnet werden. Daher stellte die Stadtpolizei am 16. Juli 2021 mit dem genannten Bericht einen Antrag an die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements auf Schaffung von 152 zusätzlichen Vollzeitstellen bis ins Jahr 2030.

An seiner Sitzung vom 27. Oktober 2021 nahm der Stadtrat zustimmend Kenntnis vom Antrag. Bis ins Jahr 2030 sollen 140 Polizeistellen, vor allem in den Frontabteilungen der Uniformpolizei, sowie zwölf zivile Support- und Querschnittsstellen (HR, Ausbildung, Informatik usw.) unter dem Vorbehalt des stadträtlichen Budgetprozesses, der finanziellen Lage sowie der Budgetbeschlüsse des Gemeinderats, geschaffen werden.

Der Stadtrat hat das Sicherheitsdepartement beauftragt zu überprüfen, wie sich die Anhäufung von Einsätzen – insbesondere in den Nächten von Donnerstag bis Sonntag während der Sommermonate – mit einer Optimierung des lageorientierten und sozialverträglichen Ressourceneinsatzes besser bewältigen lässt.

Zehn der benötigten 152 Stellen hatte die Stadtpolizei ins Budget 2022 aufgenommen. Mit den Budgets 2023 bis 2030 sollen dem Gemeinderat die weiteren Tranchen von jeweils rund zwanzig Stellen pro Jahr beantragt werden. Im Rahmen der Budgetberatung bewilligte der Gemeinderat das Budget für die zehn beantragten Stellen im Jahre 2022 nicht. In einem Begleitpostulat verlangt er vorerst die Zustellung des Berichts mit der ausführlichen Begründung für die Stellenschaffung.

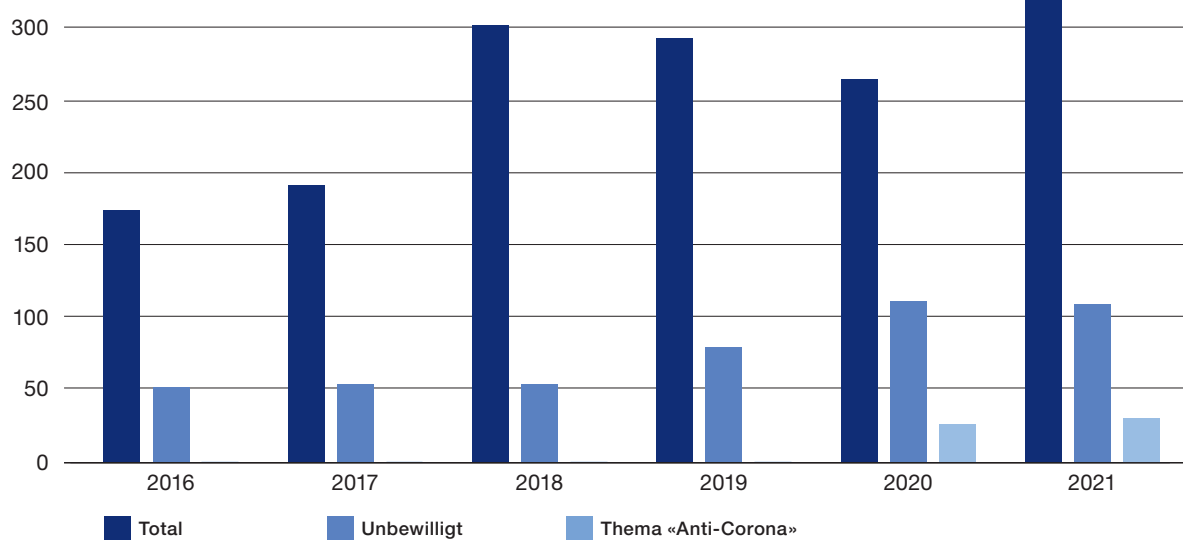
4. Departementssekretariat, Dienstabteilungen

Demonstrationen und Kundgebungen

Der seit mehreren Jahren feststellbare Anstieg an Demonstrationen und Kundgebungen setzte sich im Jahr 2021 fort und erreichte mit einer Anzahl von 360 einen neuen Höchststand. Themen wie Klimawandel, Coronamassnahmen oder die weltpolitische Lage bewegten die Menschen und führten zu einem verstärkten Druck auf den öffentlichen Grund. Im Jahr 2020 war aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen auf hohem Niveau ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Nebst dem Mengenanstieg waren auch Veränderungen bei der Initiierung von Demonstrationen und Kundgebungen feststellbar: Die vermehrte Nutzung sozialer Medien zur Mobilisierung senkt den logistischen und organisatorischen Aufwand und erlaubt es den Organisierenden, in kürzester Zeit eine erhebliche Anzahl Interessierter zu erreichen beziehungsweise zur Teilnahme zu motivieren. Die daraus resultierende Kurzfristigkeit der Aufgebote führte in Kombination mit der generellen Zunahme der Einsätze an Demonstrationen zu einer zeitweise gestiegenen Beanspruchung der Stadtpolizei Zürich.

Entwicklung Demonstrationen und Kundgebungen 2016–2021



Reorganisation Kriminalabteilung (Projekt KA21)

Nach knapp dreijähriger Bauzeit wurde der Neubau für die Kriminalabteilung am Mühleweg in Zürich-West Ende November 2021 termingerecht fertiggestellt. Die Stadtpolizei Zürich hat parallel zum Bau des Kripogebäudes ihre Kriminalabteilung einer kompletten Reorganisation unterzogen. Damit hat sie die Chance genutzt, vor dem Umzug an den neuen, zentralen Standort die Aufgaben, Prozesse und Strukturen der Kriminalabteilung gesamthaft zu überprüfen und anzupassen.

Die an den künftigen Herausforderungen für die Kriminalpolizei ausgerichtete Reorganisation ist erfolgreich abgeschlossen. Die Kriminalabteilung wird ab März 2022 ihre Arbeit am neuen Standort und in zukunftsweisenden, schlanken Strukturen weiterführen.

Einsatz der «Extended Reality-Technologie» (XR) bei der Stadtpolizei Zürich

Die Stadtpolizei erkannte das Potenzial der neusten Technologien im Bereich «Virtual Reality» (VR) für die Polizeiausbildung schon früh. Auf der Basis eines spezifischen Anforderungskatalogs entstand ein für die Stadtpolizei Zürich zugeschnittener Einsatztrainings-Simulator «Virtual Reality» (ETSVR). Während der Entwicklungsphase bildete die Stadtpolizei rund 700 uniformierte Polizistinnen und Polizisten zu Trainings- und Testzwecken im ETSVR an verschiedenen praktischen Lerninhalten aus. Diese Ausbildung ist für die Frontkräfte optimal, um sie auf ihre kommenden Einsätze vorzubereiten. Insbesondere weil die neue Ausbildungsmethode auch Trainingssituationen realitätsnah abbilden kann, die sonst nicht darstellbar sind.

Aufgrund der durchwegs positiven Ergebnisse des Pilot-Projekts beschloss die Stadtpolizei den Ausbau des auf der VR-Technologie basierenden Einsatztrainings.

Die Stadtpolizei Zürich wurde von der kantonalen Polizeikommandantenkonferenz mandatiert, die schweizweite Koordination im Bereich des Einsatzes von VR in der polizeilichen Ausbildung zu übernehmen. Im Programm vertreten sind unter anderem neun Polizeikorps, das fedpol sowie das Schweizerische Polizeiinstitut (SPI).

Im Rahmen des interkantonalen VR-Programms wurde zudem das Projekt «ETSVR-Editor» lanciert, in dem der ETSVR anhand eines gemeinsamen Anforderungskatalogs weiterentwickelt wird. Er soll den Ausbilderinnen und Ausbildern die Möglichkeit bieten, mit wenig Aufwand innerhalb kurzer Zeit selber ein Szenario zu erstellen. Einsatzsituationen aus dem Polizeialltag wie Verkehrsunfälle, Brände, Tatortaufnahmen oder auch Streitigkeiten lassen sich einfach darstellen.

Verselbstständigung des Forensischen Instituts Zürich (FOR) am Ziel

Regierungsrat und Stadtrat haben den letzten Schritt im politischen Prozess der Verselbstständigung des FOR als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt vollzogen. Beide Exekutiven haben die vom Kantonsrat beziehungsweise vom Stadtzürcher Volk genehmigte Vereinbarung zwischen dem Kanton Zürich und der Stadt Zürich über die Errichtung und den Betrieb des FOR auf den 1. Januar 2022 in Kraft gesetzt und den entsprechenden Leistungsauftrag für die Jahre 2022 bis 2025 mit dem Kostenteiler zwischen Kanton Zürich und Stadt Zürich erteilt.

Mit ihren Beschlüssen haben die Regierungen von Kanton und Stadt Zürich die Verselbstständigung des FOR gemeinsam besiegelt und die operativen Vorgaben für die ersten vier Jahre verfügt. Das FOR-Budget von jährlich über 40 Millionen Franken wird – abzüglich von Erträgen im Betrag von rund 5 Millionen Franken – künftig zu zwei Dritteln durch den Kanton und zu einem Drittel durch die Stadt Zürich finanziert. Die Konstellation einer durch den Kanton und die Stadt Zürich gemeinsam betriebenen Organisation ist bisher einzigartig.

Als strategisches Führungsorgan des FOR trägt der Institutsrat die oberste Verantwortung. Gemäss Vereinbarung nehmen die Kommandanten der Kantons- und der Stadtpolizei Zürich sowie je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Geschäftsleitungen dieser beiden Stammkorps Einsitz im Institutsrat. Damit ist die Nähe des FOR zur Kantonspolizei und zur Stadtpolizei auch in Zukunft sichergestellt.

Die aktuell im FOR beschäftigten 70 Kantonspolizistinnen und -polizisten sowie die 20 Stadtpolizistinnen und -polizisten bleiben bei ihren jeweiligen Stammkorps angestellt. Die Arbeitsverhältnisse der 70 zivilen Mitarbeitenden gehen per 1. Januar 2022 direkt auf das FOR über.

Eine Änderung erfährt der Auftritt des FOR nach aussen. Das neue FOR-Logo ist angelehnt an dasjenige der Zürcher Polizeischule (ZHPS).

Für die Auftraggeber aus Polizei, Untersuchungsbehörden und Gerichten wird sich mit der Verselbstständigung hingegen nichts ändern: weder der Zugang zu den Dienstleistungen des FOR noch die Qualität der Dienstleistungserbringung.

4. Departementssekretariat, Dienstabteilungen

4.2.3 Allgemeine Kennzahlen

	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Notrufe	147 230	142 600	156 996	159 461	169 484	173 793 ⁶
Einsätze	59 100	64 540	66 163	65 674	69 461	69 955
Anzahl First-Responder-Einsätze ¹	–	–	357	–/–	–/–	–/–
Einsatzstunden nach Veranstaltungsart						
Fussball und Eishockey	27 849	16 050	30 532	25 227	3 852	14 750
Konzerte	2 414	3 506	1 994	3 831	0	0
Grossveranstaltungen	23 029	17 887	19 171	31 116	0	0
Politische Demonstrationen und Kundgebungen	14 927	14 364	18 525	28 569	27 802	46 481 ⁷
Verkehrskontrollen²						
Motorisierter Individualverkehr (MIV)	–	–	807	1 005	908	1 039
Velo	–	–	115	247	206	224
Personenkontrollen (APK) (neu ab GB 2018)	–	–	25 830	22 757	17 321	23 363
Unangekündigte Hausbesuche bei erleichterten Einbürgerungen (Gesuche)	231 (472)	200 (870)	78 (420)	51 (340)	30 (380)	23 (386)
Verzeigungen nach PGVO	861	818	634	457	395	423
Wegweisung 1 (mündlich, max. 24 Std.)	2 170	1 956	2 091	1 764	2 481	9 098 ⁸
Wegweisung 2 (schriftlich, max. 24 Std.)	338	377	435	400	399	427
Wegweisung 3 (schriftlich max. 14 Tage)	464	413	674	435	1 096	810
Gesamtkriminalität gemäss PKS (Total StGB-Delikte ohne BtMG)	41 721	43 203	43 917	43 333	41 039	39 269 ³
Betäubungsmittel-Konsum (PKS, Übertretung)	2 206	2 018	2 060	1 883	1 699	1 532
Betäubungsmittel-Handel (PKS, leichte und schwere Fälle)	761	750	866	834	871	748
Betäubungsmittel-Besitz (PKS, Übertretungen, leichte und schwere Fälle)	3 195	2 931	3 256	3 122	2 700	2 360
Ordnungsbussen Cannabis (Konsum)	1 863	1 329	358	190	115	110 ⁴
Ordnungsbussen fliessender und ruhender Verkehr	100 6474	971 821	924 751	890 256	851 684	865 533
Ordnungsbussen kantonale Verordnung	94	107	127	104	83	98
Ordnungsbussen Gemeindeverordnung	608	650	619	395	670	456
ZAB-Belegungszahl	751	873	912	927	814	814
Beschwerden Feedback-management	340	276	286	364	165	86

1 Wegen einer Datenbank-Umstellung bei SRZ konnte die Anzahl nur für 2018 erhoben werden.

2 Die Zahlen zu den Verkehrskontrollen zeigen die Anzahl durchgeführter Kontrollen, nicht die kontrollierten Verkehrsteilnehmenden an.

3 Provisorische Zahlen

4 Provisorische Zahlen

5 2017 war der FCZ erfolgreich und hatte dementsprechend eine längere Verweildauer in Liga. In der Europa-League wurde bis und mit Gruppenphase teilgenommen. Weiter fanden Internationale und Testspiele auswärtiger Mannschaften in Zürich statt. GC stieg nach dieser Saison ab.

6 2021 waren nach der pandemiebedingten Zuschauerbegrenzung die Stadien wieder für mehr Fussballfans zugänglich. Auch die Möglichkeit der Extrazüge der SBB bestand wieder. Somit mussten die Aufgebote dem Publikumsaufkommen angepasst werden.

7 Aufgrund der Pandemie fanden relativ viele Demonstrationen zu diesem Thema statt. Diese waren zahlreich und generierten verhältnismässig mehr Einsatzstunden. Weiter wurde im 4. Quartal 2021 ein deutlicher Anstieg der Anzahl von Demonstrationen und Kundgebungen verzeichnet. Hier wird ein Nachholbedarf vermutet.

8 Der Anstieg ist auf Wegweisungen bei Demonstrationen wegen Covid-Verstössen und Autoposern zurückzuführen. Zudem kamen neu Sammelbeiträge von UNO1 und SOKO hinzu, die bisher keinen Niederschlag in der Statistik fanden.

4.2.4 Spezifische Kennzahlen

Beträge (in 1000 Fr.)	Saldoentwicklung in der laufenden Rechnung				
	2017	2018	2019	2020	2021
Rechnung					
Aufwand	346 496	347 006	338 716	335 274	340 980
Erträge	-124 425	-123 958	-123 017	-115 289	-114 512
Saldo	222 071	223 048	215 699	219 985	226 468

Kommentar: Ab dem Jahr 2019 fiel die Annuitätenverpflichtung gegenüber der Pensionskasse in der Höhe von 6,7 Millionen Franken weg; dies führte zu einem deutlich geringeren Aufwand im Vergleich mit den Vorjahren. Aufgrund der Corona-Pandemie konnten im Jahr 2020 Zeitguthaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umfang von 1,7 Millionen Franken abgebaut werden. Dies führte ebenfalls zu einem tieferen Aufwand. Beim Ertrag fielen die Ordnungsbussen und verschiedene Gebühren aufgrund der Corona-Pandemie deutlich geringer aus als in den Vorjahren.

4.3 Schutz & Rettung

4.3.1 Aufgaben

Schutz & Rettung Zürich (SRZ) ist die grösste zivile Rettungsorganisation der Schweiz. Sie vereint unter einem Dach Rettungsdienst, Feuerwehr und Zivilschutz, die Einsatzleitzentrale für die Notrufnummern 144 und 118, die Feuerpolizei sowie die Höhere Fachschule für Rettungsberufe (HFRB).

SRZ garantiert die Grundversorgung in der Stadt Zürich und am Flughafen Zürich durch Feuerwehr und Sanität. Die Einsatzleitzentrale ist für den Feuerwehrnotruf 118 im Kanton Zürich und den Sanitätsnotruf 144 der Kantone Zürich, Zug, Schaffhausen und Schwyz zuständig. Die Organisation verfügt über das Know-how, das Personal, die nötigen Einsatzmittel und die Strukturen, um Einsätze vom Alltagsereignis über Grossanlässe bis hin zu ungeplanten Grossereignissen zu bewältigen.

SRZ arbeitet eng mit Partnerorganisationen zusammen und bildet die Berufsfeuerwehrlaute aus der ganzen Deutschschweiz aus. Die Zusammenarbeit sichert das gegenseitige Verständnis über Disziplinen und Organisationen hinweg, damit im Einsatz alles zusammenpasst und SRZ den Auftrag zugunsten der Bevölkerung erfüllen kann: Das Schützen und Retten von Menschen, Tieren, Sachwerten und der Umwelt – rund um die Uhr.

Für weitere Angaben: www.stadt-zuerich.ch/srz

4.3.2 Jahresschwerpunkte

Extreme Wetterereignisse prägen das Einsatzgeschehen

Das Jahr startete mit andauernden Regenfällen, die ab dem 14. Januar 2021 in stetigen Schneefall übergingen. Unter den massiven Schneelasten brachen grosse Äste ab, Bäume stürzten um und begruben zahlreiche Fahrzeuge unter sich oder beschädigten die Fahrleitungen der VBZ. Die Einsatzkräfte von Berufs- und Milizfeuerwehr leisteten insgesamt über 600 Einsätze. Stürze von Fussgängerinnen und Fussgängern wegen rutschigen Untergrunds führten zu einem erhöhten Einsatzvolumen beim Rettungsdienst, wobei gleichzeitig die Zufahrt zu den Einsatzorten und Spitälern aufgrund der prekären Strassenverhältnisse beeinträchtigt war.

Am 13. Juli 2021 fegte ein Gewittersturm mit Hagel über die Stadt Zürich und richtete innert Minuten grosse Schäden an. Am meisten betroffen waren die Stadtkreise 9, 10, 11 und 12 sowie im Kantonsgebiet Teile von Winterthur und der Raum

Pfungen, Embrach und Seuzach. Ab 1.30 Uhr erreichten innerhalb einer Stunde über tausend Feuerwehrnotrufe die Einsatzleitzentrale von SRZ. Mit einem Grossaufgebot bewältigten die Einsatzkräfte von Berufs- und Milizfeuerwehr sowie Zivilschutz die Aufräumarbeiten, koordiniert durch den Führungsstab. Die Rettungskräfte befreiten die Strassen von umgestürzten Bäumen, sicherten Sachgüter und Gebäude. Wegen anhaltender Regenfälle in den folgenden Tagen stieg der Pegel des Zürichsees bis auf 406,72 Meter über Meer, was der Gefahrenstufe 4 (gross) von 5 Stufen entspricht.

Integration Rettungsdienst Affoltern am Albis

Bislang stellte der spitaleigene Rettungsdienst des Spitals Affoltern (RDA) die präklinische Notfallversorgung der Bevölkerung im Knonauer Amt sicher. Per 1. Mai 2021 erfolgte die Integration des RDA bei SRZ. Somit verantwortet der Rettungsdienst von SRZ neu auch die Notfallversorgung in den vierzehn Aktiönärgemeinden der Spital Affoltern AG (SAAG), was einen Zuwachs von mehr als 1700 Einsätzen jährlich bedeutet. Die rund 55 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Einsatzgebiet bleiben damit im Notfall weiterhin optimal medizinisch erstversorgt. Der bisherige Standort im Spital Affoltern bleibt bestehen und ist rund um die Uhr mit einem Rettungswagen und zwei diplomierten Rettungssanitäterinnen oder -sanitätern besetzt.

Inbetriebnahme Provisorium Wache Zentrum auf der Limmat

Während der Sanierung des Amtshauses Walche bleiben im Gebäude nur die Fahrzeughalle von SRZ und die Retablierungsstelle in Betrieb. Für die Arbeitsplätze, Garderoben, Ruhe- und Aufenthaltsräume sowie Büros für die Mitarbeitenden im Tagdienst wurde ein Provisorium auf einer Pfahlkonstruktion in der Limmat erstellt. Dieses wurde am 1. Juni 2021 in Betrieb genommen. Je nach Schicht arbeiten etwa fünfzig Mitarbeitende im Provisorium. Damit bleibt die Notfallversorgung der Bevölkerung in der Innenstadt sowie im Gebiet rechts der Limmat auch während der Sanierungsarbeiten sichergestellt. Die Rückkehr ins erneuerte Amtshaus ist für Herbst 2024 vorgesehen.

4. Departementssekretariat, Dienstabteilungen

Neues Rettungsmittel für unwegsames Gelände

Mit dem neuen «All-Terrain-Vehicle» (ATV) kommen die Einsatzkräfte der Sanität von SRZ auch in unwegsamem Gelände bei jeder Witterung rasch und sicher zu den Patientinnen und Patienten. Der für schwieriges Gelände konzipierte Ausbau ist in der Schweiz bisher nirgendwo anders im Einsatz. Mit seinen 1640 Kilogramm ist das Spezialfahrzeug dreimal leichter als gängige Rettungswagen und bestmöglich ausgestattet für den Einsatz auf steilen und schmalen Wegen oder an Anlässen.



Mit dem «All Terrain Vehicle» erreicht der Rettungsdienst von SRZ neu auch Patientinnen und Patienten in unwegsamem Gelände. (Bild: SRZ)

Leben retten dank Open Data und «defikarte.ch»

Die Einsatzleitzentrale (ELZ) von SRZ setzt bei Notrufen verstärkt auf «Open Data». Durch die Integration von «defikarte.ch» im Einsatzleitsystem von SRZ können rasch verfügbare Defibrillatoren in der unmittelbaren Umgebung für die Laienreanimation beigezogen werden. Auf «defikarte.ch» können Firmen, Gemeinden und Privatpersonen Standorte und Zugangszeiten von AED-Geräten selbstständig eintragen. Die Dienstleistung wurde auf Initiative eines SRZ-Mitarbeiters ins Leben gerufen.

Schulung und Begleitung der Führungskräfte in den Themen Generationen und Digitalisierung

Der demographische Wandel betrifft SRZ nicht nur, weil ein steigender Anteil an älteren Personen in der Bevölkerung die Art und die Anzahl der Einsätze vor allem der Sanität beeinflusst. SRZ ist auch als Arbeitgeberin betroffen. Gerade bei der Berufsfeuerwehr steht in den kommenden Jahren die Pensionierung vieler langjähriger Mitarbeitenden an. Da anteilmässig ein immer kleinerer Teil der Bevölkerung im aktiven Arbeitsleben steht, spitzt sich der Wettbewerb um Fachkräfte weiter zu. Mit dem Lernmodul «Mit verschiedenen Generationen die Zukunft gestalten» zum Selbststudium werden die Führungskräfte auf die Ansprüche der verschiedenen Generationen in der Führung sensibilisiert.

Ein Kaderanlass widmete sich den Themen der Digitalisierung und dem «Führen auf Distanz». Dieses Thema ist vor allem im Zusammenhang mit vermehrtem Homeoffice in der Corona-Pandemie aktuell.

Entwicklung der Organisation hin zum dezentralen Wachensystem

In den letzten Jahren hat SRZ verschiedene Tageswachen und Interimsstandorte in Betrieb genommen, um die Zeitvorgaben für Notfalleinsätze besser einzuhalten. Mit der Umsetzung der Standortstrategie wird diese Dezentralisierung künftig noch verstärkt. Bei der Berufsfeuerwehr wechselt neu im sogenannten Rotationsprinzip ein Teil der Mitarbeitenden alle sechs Monate

die Wache, um das Wissen in allen (einzelnen Standorten zugeordneten) Spezialgebieten zu erhalten und neue Einsatzerfahrungen zu sammeln. 2020 wurde das Rotationsprinzip in einem Pilotjahr getestet und 2021 definitiv eingeführt.

Volksabstimmung zum Objektkredit Wache Nord mit ZEL

Am 26. September 2021 stimmten die Stimmberechtigten der Stadt Zürich mit 91,8 % Ja-Anteil einem Objektkredit von 107 Millionen Franken für den Neubau einer Wache Nord mit zentraler Einsatzlogistik (ZEL) für SRZ zu. Die Stimmbeteiligung betrug 55,5%. Die hohe Zustimmung ist ein wichtiges Signal für die weiteren laufenden Bauprojekte der Standortstrategie.

Projektierungskredit für Erweiterung

Wache Süd genehmigt

Der Gemeinderat genehmigte am 25. August 2021 mit 99 Ja zu 0 Nein-Stimmen bei 13 Enthaltungen eine Erhöhung des Projektierungskredits für die Erweiterung der Wache Süd auf neu 5,46 Millionen Franken.

Ausfälle Notrufnummern 114 und 118

In der Nacht vom 8. auf den 9. Juli 2021 fielen aufgrund einer schweizweiten Telefoniestörung bei der Anbieterin Swisscom die Notrufnummern 144 (Sanität) und 118 (Feuerwehr) aus oder eingehende Notrufe wurden nach wenigen Sekunden unterbrochen.

Um das Ausfallrisiko zu senken, wurden das Operation-Center (OPC) und der Einsatzleitzentrale-Ausweichstandort (ELZ-Ausweichstandort) an der Weststrasse im Verlauf des Jahres 2021 zusätzlich mit Sunrise als zweitem Telecomprovider erschlossen. Diese Redundanz für die Notrufe über einen zusätzlichen, unabhängigen Provider wurde den Notruforganisationen von der Swisscom empfohlen. In Koordination mit den Kantonen und den Notruf Providern wurden mehrere Projekte angestossen, um die Situation künftig zu verbessern.



Die Einsatzleitzentrale verarbeitete 2021 trotz widriger Umstände zuverlässig über 143 000 Notrufe, das sind 9 % mehr als im Vorjahr. (Bild: SRZ)

Digitalisierung und gezielte Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie bei SRZ

Gestützt auf eine externe Analyse im Jahr 2020 wurden fünf Fokusthemen rund um die Digitalisierung bei SRZ formuliert: Begleitung und Unterstützung des Kulturwandels, Datenmanagements, Geschäftsprozessmanagements, der Informationssicherheit und des Datenschutzes sowie der Aufbau eines ICT-Architekturframeworks. Die heutige Systemlandschaft bei SRZ ist sehr komplex. Sowohl aus Kostengründen als auch mit dem Ziel, um die einsatzrelevanten Systeme einfach und zuverlässig unterhalten und entwickeln zu können, will SRZ in einer Roadmap diese Komplexität reduzieren.

4.3.3 Allgemeine Kennzahlen

Einsätze Sanität SRZ	2017	2018	2019	2020	2021
Einsätze Stadt Zürich durch Rettungsdienst SRZ (Kat A–D) ¹	–	–	26 101	24 324	24 997
Einsätze ausserhalb der Stadt Zürich durch Rettungsdienst SRZ (Kat A–D) ¹	–	–	8 767	7 201	9 573 ⁴
Verlegungstransporte (Kat E) ¹	–	–	3 240	3 741 ³	4 514
Total	36 782	37 952	38 108	35 266	39 084
davon Einsätze mit Notärztin/-arzt	3 109	2 766 ²	2 977	2 720	3 196

- Seit dem 1.1.2017 gilt im Kanton Zürich die neue Verordnung über das Rettungswesen mit neuen Einsatzkategorien. Insbesondere gelten für Verlegungstransporte eigene Bestimmungen. Diese Verlegungstransporte werden deshalb neu ab 2019 separat ausgewiesen. Eine nachträgliche Aufschlüsselung der Zahlen der Vorjahre nach diesem Raster ist nicht möglich. Die Gesamteinsatzzahlen bleiben vergleichbar.
- Seit dem 1. Januar 2018 hat das Spital Bülach einen eigenen Notarztendienst aufgebaut, SRZ leistet in diesem Gebiet keine entsprechenden Einsätze mehr.
- Seit dem 1. Juli 2020 besteht eine vertragliche Vereinbarung mit dem Stadtspital Waid und Triemli zur Abwicklung sämtlicher Verlegungstransporte durch SRZ.
- Per 1. Mai 2021 wurde der Rettungsdienst Affoltern am Albis in den Rettungsdienst von SRZ integriert.

Einsätze Feuerwehr	2017	2018	2019	2020³	2021
Brände	626	712	661	660	656
Brandmeldeanlagen	1 210	1 228	1 270	1 161	1 405
Unfälle (Strassen, Strom, Bahn)	54	56	57	42	47
Elementarereignisse (Unwetter, Wasser)	593	506	325	377	1 846 ⁴
Umweltgefährdung (z. B. Öl, Chemikalien)	382	389	398	290	344
First Responder	342	255	113	97	116
Tierrettungen/Insekten ¹	307	283	458	248	357
Weitere Hilfeleistungen/Rettungen	959	914	1 038	841	870
Dienstleistungen ²	1 229	1 256	1 105	446	474
Total	5 648	5 599	5 425	4 162	6 115

- Ein Grossteil dieser Einsatzkategorie betrifft Bienenschwärme. Lassen sich diese bei heiklen Gebäuden (z. B. Kindergärten) oder auf grossen Kreuzungen nieder, werden sie von der Feuerwehr eingefangen und an ausgewählte Imkerinnen und Imker übergeben. Die Schwarmtätigkeit der Bienen hängt stark vom Wetter in den Frühlingsmonaten ab.
- Es handelt sich dabei um im Voraus geplante Einsätze wie beispielsweise die Feuerwache an Veranstaltungen durch Angehörige der Milizfeuerwehr.
- Die Corona-Pandemie beeinflusste die Einsatzzahlen der Feuerwehr 2020 in mehrfacher Hinsicht: Während der Phase des Lockdowns im Frühling waren weniger Personen auf den Strassen unterwegs, was zu einem Rückgang der Unfälle und der damit verbundenen Einsätze (Kategorien Unfälle/Umweltgefährdung) führte. Am grössten waren die Auswirkungen bei den Dienstleistungen: Da markant weniger Veranstaltungen stattfanden, entfielen auch die entsprechenden Einsätze der Milizfeuerwehr für die Feuerwache z. B. im Hallenstadion oder im Opernhaus.
- Die hohen Einsatzzahlen sind vor allem auf die starken Schneefälle im Januar sowie die Unwetter- und Hochwasserlagen in den Monaten Juni und Juli zurückzuführen.

Notrufe Einsatzleitzentrale¹	2017	2018	2019	2020²	2021
Notrufe 118 (Feuerwehr)	26 974	29 765	25 288	23 675	28 244 ³
Notrufe 144 (Rettungsdienst)	99 215	104 269	107 817	108 063	115 105
Total	126 189	134 034	133 105	131 738	143 349

- Eingehende Anrufe, die von der zugewiesenen Calltakerin oder vom zugewiesenen Calltaker nicht innerhalb der vorgegebenen Frist entgegengenommen werden können, werden intern an eine andere Mitarbeiterin/einen anderen Mitarbeiter weitergeleitet. Bis und mit 2015 wurden solche Weiterleitungen als zusätzliche Notrufe gezählt. Seit 2016 ist es technisch möglich, Weiterleitungen herauszufiltern. Die Zahlen ab 2016 sind deshalb nicht vergleichbar mit den Vorjahren.
- Während der Corona-Pandemie war vor allem in den Monaten April, Mai und Juni ein genereller Rückgang der Notrufe 144 festzustellen.
- Die hohen Zahlen bei den Feuerwehr-Notrufen sind vor allem auf die starken Schneefälle im Januar sowie die Unwetter- und Hochwasserlagen in den Monaten Juni und Juli zurückzuführen.

4. Departementssekretariat, Dienstabteilungen

Dispositionen der Einsatzleitzentralen	Feuerwehren 2020	Feuerwehren 2021	Rettungsdienste 2020	Rettungsdienste 2021
Stadt Zürich (einschliesslich Flughafen)	10 800	12 737	40 838	45 649
Übriges Dispositionsgebiet	13 196	15 547	75 062	79 874
Total	23 996	28 284	115 900	125 523

Kennzahlen Zivilschutz	2017	2018	2019	2020	2021
Zivilschutzangehörige (Ist-Bestand)	1 932	1 773	1 788	1 876	1 227 ²
Diensttage	8 378	7 323	7 984	5 915 ¹	6 353

1 Während der Corona-Pandemie 2020 leistete der Zivilschutz einen der bisher grössten Einsätze seiner Geschichte.

Trotzdem fielen die Diensttage tiefer aus als geplant, da im Gegenzug geplante Wiederholungskurse und Übungen pandemiebedingt abgesagt werden mussten.

2 Die Anzahl der Zivilschutzangehörigen lag damit leicht unter dem neuen Sollbestand von 1261.

Kennzahlen Feuerpolizei	2017	2018	2019	2020	2021
Anzahl Schlussabnahmen von Neu- und Umbauten	1 348	1 261	1 323	1 034	1 096
Anzahl Gebäudekontrollen Feuerpolizei	987	965	827	839	757 ¹

1 Aufgrund der Pandemielage stellte die GVZ als Auftraggeberin fällige Kontrollen teilweise zurück, zum Beispiel in Alters- und Pflegeheimen.

4.3.4 Finanzkennzahlen

Schutz & Rettung Beträge (in Fr.)	2017	2018	2019	2020	2021
Aufwand	130 420 542	131 313 527	131 007 404	131 939 593	139 362 888
Ertrag	-84 369 793	-82 850 959	-83 327 157	-79 319 531	-85 259 939
Saldo	46 050 748	48 462 568	47 680 246	52 620 061	54 102 949

4.4 Dienstabteilung Verkehr

4.4.1 Aufgaben

Die Dienstabteilung Verkehr (DAV) ist für das Verkehrsmanagement in der Stadt Zürich zuständig. Dazu gehören neben der Verkehrssteuerung und -lenkung auch der Erlass von Verkehrsvorschriften, die Parkraumbewirtschaftung sowie die Signalisationen und Markierungen. In allen Themen hat die Verkehrssicherheit höchste Priorität – ganz besonders, wenn es um die Sicherheit der ungeschützten Verkehrsteilnehmenden geht. Vor allem beim Veloverkehr sind die Unfallzahlen besorgniserregend. Daher soll der Velosicherheit noch mehr Beachtung geschenkt werden.

Für weitere Angaben: www.stadt-zuerich.ch/dav

4.4.2 Jahresschwerpunkte

Strategischer Schwerpunkt «Sicher Velofahren»

Der Veloverkehr ist eine ressourcenschonende und stadtverträgliche Form der Mobilität und wird daher von der Stadt Zürich gefördert. Allerdings ist das Unfallrisiko auf dem Velo in Zürich höher als anderswo. Die Unfallzahlen steigen kontinuierlich und stärker an als der Veloverkehr selbst (Verkehrsunfallstatistik – Stadt Zürich (stadt-zuerich.ch)). Zudem fühlen sich

viele Velofahrende nicht sicher. Viele Leute verzichten deshalb ganz darauf, in Zürich das Velo zu benutzen. Dieser unerwünschten Entwicklung begegnet der Stadtrat mit dem strategischen Schwerpunkt «Sicher Velofahren». Mit diesem Handlungsprogramm werden die Massnahmen für mehr Sicherheit auf dem Velo über mehrere Departemente und Dienstabteilungen hinweg gebündelt und koordiniert, um ihre Wirkung zu maximieren. Von schnellen Verbesserungen der Infrastruktur über mittelfristige Unfallherdsanierungen zur Prävention und Sensibilisierung besteht eine umfassende Projektplattform. Das Ziel des Programms ist, die Sicherheit des Veloverkehrs zu erhöhen. Das Unfallrisiko soll sinken und die Unfallzahlen sollen nicht weiter ansteigen. Alle sollen angstfrei in der Stadt Zürich mit dem Velo unterwegs sein, abgesehen davon, wie alt die Person ist oder wie oft sie Velo fährt.

Strassenlärmsanierung

Das Umweltrecht verpflichtet alle Strasseneigentümerinnen und -eigentümer zur Strassenlärmsanierung. Dabei sind in erster Priorität Massnahmen an der Quelle zu ergreifen. Geschwindigkeitsreduktionen sind eine einfach umzusetzende und wirksame Methode zur Lärmreduktion. Daneben leisten auch lärmarme Beläge und die Elektromobilität Beiträge zur Reduktion des Strassenlärms. Im Gesamtkonzept der «3. Etappe Strassenlärmsanierung» liegt der Fokus auf den Geschwindigkeitsreduk-

tionen. Angestrebt werden eine netzbezogene Betrachtung sowie ein einheitliches und verständliches Konzept für die ganze Stadt. Dabei wird eine nachvollziehbare Logik bei der Abwägung zwischen Strassenlärmreduzierung, ÖV-Aspekten, Aufenthaltsqualität und Verkehrssicherheit angewendet.

Realisierte Velomassnahmen

Mit dem Velo sicher und einfach durch Zürich – das ist die Vision aus der «Velostrategie 2030». Um diese Vision umzusetzen wurde im Frühling 2021 das Netz der Velovorzugsrouten im Detail erarbeitet und im kommunalen Richtplan Verkehr festgehalten. Der Richtplan Verkehr wurde im Herbst 2021 vom Stimmvolk angenommen. Das Netz soll über hundert Kilometer umfassen. Mindestens fünfzig Kilometer davon werden im Sinne der Volksinitiative «Sichere Velorouten für Zürich» umgesetzt. Weiter wurden im Jahr 2021 viele kleinere und grössere Massnahmen für die Veloförderung und -sicherheit realisiert. Eine Auswahl der umgesetzten Massnahmen befindet sich auf stadt-zuerich.ch/velo.

Priorisierung Velos bei Lichtsignalanlagen

Die DAV prüfte Möglichkeiten zur Priorisierung von Velos bei Lichtsignalanlagen. Drei Massnahmen können unter gewissen Voraussetzungen umgesetzt werden:

- Ein Vorstart für Velos gegenüber rechtsabbiegenden Fahrzeugen
- Ein Dauergrün für Velos bei Einmündungen und Schleusen
- Grün für Velos (geradeaus) mit dem öffentlichen Verkehr (ÖV)

Beim «Velo-Vorstart gegenüber rechtsabbiegenden Fahrzeugen» erhält das Velo gleichzeitig mit den Fussgängerstreifen auf der Querstrasse grün. Der Veloverkehr profitiert somit ebenfalls vom Vorstart der Zufussgehenden, was ein Sicherheitsgewinn bedeutet. «Velo-Dauergrün bei Einmündungen/Schleusen» ist zum Beispiel möglich, wenn auf dem Velostreifen kein Konflikt mit der einbiegenden Autospur besteht. «Velo geradeaus mit ÖV» konnte auf der Birmensdorferstrasse umgesetzt werden. Kommt ein Tram oder Bus von hinten, erhält der linksabbiegende Verkehr aus Sicherheitsgründen rot. Da das Velo neu eine separate Ampel hat, kann es – zusammen mit dem ÖV – auf der eigenen Spur geradeaus fahren. Wichtig ist eine Beifahrerampel, um zu zeigen, dass die Ampel nur für die angezeigte Richtung des Velos gilt.

Pilot Mikromobilitätsplattform

Unter der Leitung der DAV wird im Rahmen eines mehrjährigen Pilotversuchs von einem departementsübergreifenden Team die Bewirtschaftung der rund 4000 E-Trottinets in der Stadt Zürich mittels einer Plattform getestet. Die effektive Kontrolle der Flottenobergrenze von 800 Fahrzeugen pro Anbieterin oder Anbieter, die direkte Behandlung von Klagen aus der Öffentlichkeit und die Durchsetzung der bestehenden Fahrverbote in der Altstadt konnten bereits erfolgreich umgesetzt werden. Geplant sind zukünftig auch bevorzugte Abstellplätze, um die Ordnung im öffentlichen Raum zu erhöhen. Im Frühling 2022 wird ein Zwischenfazit zu diesem Projekt erwartet.

Rechtsabbiegen bei Rot für Velofahrende erlaubt

Seit Anfang 2021 ist in der Schweiz das Rechtsabbiegen bei Rot (RABR) für den Veloverkehr teilweise erlaubt. In Zürich wurden in Vorbereitung auf diese Anpassung im Jahr 2020 alle Knoten mit Lichtsignalanlagen evaluiert und auf ihre RABR-Tauglichkeit geprüft. Ein Monitoring im März ergab, dass es weder zu mehr Konflikten noch zu mehr Trottoirfahrten kam, dafür jedoch der Verkehrsfluss verbessert wurde. Ende Jahr durften die Velofahrenden an 175 Orten legal bei Rot rechts abbiegen. Ein Schlussmonitoring bestätigte die Ergebnisse vom Frühling. Zurzeit werden verschiedene weitere Knoten bearbeitet, an denen vor der Einführung von RABR noch Anpassungen vorgenommen werden müssen.

Tag der Verkehrssicherheit

Der Tag der Verkehrssicherheit wurde am 3. November 2021 zum dritten Mal durchgeführt. Rund 250 Personen haben in diesem Jahr bedingt durch die Pandemie digital an der Veranstaltung teilgenommen. Thematisiert wurden Instrumente für sicheren Veloverkehr in den Bereichen Infrastruktur und Prävention. Interne und externe Referierende präsentierten die Anwendung des Unfallschwerpunktmanagements im Veloverkehr, gross angelegte Inspektionen des Veloroutennetzes sowie innovative Velofahrsimulatoren. Wie an dieser Veranstaltung üblich, wurde der Preis für Verkehrssicherheit an die Verfasserin oder den Verfasser einer hervorragenden Studienarbeit vergeben. Die Gewinnerin hat mit ihrer ETH-Masterarbeit ein Verfahren der sicherheitsbasierten Variantenbewertung (Road Safety Impact Assessment) auf ein konkretes Strassenbauprojekt der Stadt Zürich angewandt. Die nächste Veranstaltung ist für den 8. November 2023 geplant.

4. Departementssekretariat, Dienstabteilungen

4.4.3 Allgemeine Kennzahlen

Verkehrssicherheit	2017	2018	2019	2020	2021
Strassenverkehrsunfälle	5 548	5 677	5 528	5 039	5 151
Bewilligungen					
Anwohnerparkkarten	35 058	34 502	33 712	34 276 ¹	33 556
Gewerbeparkkarten	8 588	9 060	9 444	9 777	9 940
Spezialbewilligungen	6 384	6 402	6 583	6 621	6 661
Tagesbewilligungen	229 190	232 824	237 397	239 163	240 718
Tagesbewilligungen Handwerkernde	71 559	74 895	74 020	74 182	66 418

1 Vermehrtes Homeoffice infolge Corona

Mischverkehrsflächen

Anzahl Flächen	–	77	48	59	65
----------------	---	----	----	----	----

Kommentar: Die Liste wird seit 2018 geführt.

4.4.4 Spezifische Kennzahlen

Finanzkennzahlen

Dienstabteilung Verkehr Beträge (in Fr.)	2017	2018	2019	2020	2021
Aufwand	32 599 000	32 071 000	27 478 000	25 678 000	27 645 000
Erträge	–15 762 000	–18 744 000	–16 484 000	–14 319 000	–15 417 000
Saldo	16 837 000	13 327 000	10 994 000	11 360 000	12 228 000

Blaue Zonen

Aufwand	16 913 000	23 481 000	16 788 000	16 968 000	18 240 000
Ertrag	–16 913 000	–23 481 000	–16 778 000	–16 968 000	–18 240 000
Saldo	0	0	0	0	0

Parkgebühren

Aufwand	16 021 000	17 762 000	15 923 000	15 723 000	15 713 000
Ertrag	–16 021 000	–17 762 000	–15 923 000	–15 723 000	–15 713 000
Saldo	0	0	0	0	0

Parkgebühren

Hochtarif	17 023 500	18 036 200	17 660 300	15 848 200	16 894 000
Niedertarif	6 495 300	6 645 100	6 447 900	5 584 400	5 480 000
davon bargeldlos	73 700	100 400	2 604 400	6 743 600	10 135 500

4.5 Stadtrichteramt

4.5.1 Aufgaben

Das Stadtrichteramt als Strafverfolgungs- und Vollzugsbehörde

Das Stadtrichteramt ist die grösste Übertretungsstrafbehörde der Schweiz und zuständig für die Untersuchung und Beurteilung von jährlich rund 60000 Übertretungen, die Erwachsene auf dem Stadtgebiet Zürich begehen und die nicht im vereinfachten Ordnungsbussenverfahren erledigt werden können. Die Strafkompetenz liegt bei 500 Franken Busse.

Das Stadtrichteramt vollzieht die ausgesprochenen Bussen durch eine eigene Inkasso-Abteilung bis hin zum Betreuungsweg selbst. Bussen, die nicht eintreibbar sind, werden zur Umwandlung in Ersatzfreiheitsstrafen an den Justizvollzug abgetreten.

Das Stadtrichteramt als Kompetenzzentrum für die Bewirtschaftung der Verlustscheine der Stadtverwaltung

Das Stadtrichteramt bewirtschaftet mit einer eigenen Fachgruppe «Verlustscheininkasso der Stadt Zürich» rund 100000 Verlustscheine aus erfolglos in Betreuung gesetzten Forderungen aus der gesamten Stadtverwaltung, mit Ausnahme der Verlustscheine der Gemeindebetriebe und des Steueramts.

Für weitere Angaben: www.stadt-zuerich.ch/stadtrichteramt

4.5.2 Jahresschwerpunkte

Zu den Jahresschwerpunkten des Stadtrichteramts gehörten – wie bereits im Vorjahr – die Umsetzung der IT-Strategie mit dem Projekt «NAPSTRA», die Durchführung von Strafuntersuchungen betreffend Missachtung von Coronaschutzmassnahmen, die Abwicklung des Innovationsprojekts «Einfache Sprache» sowie die Fortführung der organisatorischen und strukturellen Anpassungen aufgrund der tieferen Geschäftszahlen.

Umsetzung der IT-Strategie – Projekt «NAPSTRA»

Im Projekt «NAPSTRA» geht es um die Ablösung der über zwanzigjährigen Fachapplikation für den Strafuntersuchungs- und den Finanzbereich. Die im Berichtsjahr abgeschlossene Vorstudie lieferte hierzu die notwendigen Erkenntnisse und Grundlagen für das im Jahr 2022 anstehende Submissionsverfahren. Der Projektzeitplan sieht vor, dass die bestehende Applikation im Jahr 2024 durch die neue(n) Applikation(en) abgelöst werden kann.

Besondere Herausforderungen bei der Strafverfolgung betreffend Verstösse gegen die Coronaschutzmassnahmen

Im Berichtsjahr gingen beim Stadtrichteramt insgesamt 2763 Anzeigen wegen Missachtung der Coronaschutzmassnahmen ein. Die Durchführung der entsprechenden Strafverfahren gestaltete sich mitunter schwierig und zeitaufwändig. Sei es, weil sich die gesetzlichen Bestimmungen immer wieder änderten und sich zeitweise widersprachen, oder sei es, weil sich die beschuldigten Personen mitunter wenig kooperativ zeigten, sich weigerten, die für Einvernahmen geltende Maskentrapflicht zu akzeptieren oder sich anderweitig uneinsichtig zeigten und gegen verfügte Strafbefehle überdurchschnittlich oft Einsprache erhoben.

Innovationsprojekt «Einfache Sprache – leichtgemacht»

Das Stadtrichteramt hat über einen Innovationskredit der Stadt Zürich unter dem Titel «Einfache Sprache – leichtgemacht» ein Projekt lanciert, mit dem die geschriebenen Kommunikationsmittel des Stadtrichteramts sprachlich vereinfacht werden sollen, um leichter und verständlicher mit den verschiedenen Anspruchsgruppen in Kontakt treten zu können. In einer ersten Phase wurden unter professioneller Begleitung die Mitarbeitenden auf das Thema sensibilisiert sowie der Webauftritt und die am häufigsten verwendeten Standardschreiben auf Übereinstimmung mit einfacher Sprache überprüft. Sodann wurden notwendige Anpassungen initiiert, die aber erst im Jahr 2022 vollständig umgesetzt werden.

Nebst der Verbesserung der Kundenfreundlichkeit durch leichter verständliche Dokumente erhofft sich das Stadtrichteramt vom Projekt eine höhere Akzeptanz seiner Verfügungen und damit letztlich auch eine Steigerung der Bezahlquote der verhängten Bussen und Gebühren.

Organisatorische und strukturelle Anpassungen

Die Anzahl angezeigter Delikte hat sich auf dem Vorjahresniveau stabilisiert. Die vorgesehenen Anpassungen an der Aufbau- und Ablauforganisation mit dem Ziel, Synergien stärker zu nutzen sowie Personalressourcen von den Support- in die Kernprozesse zu verschieben und dadurch die Effizienz zu steigern, konnten dadurch wie geplant umgesetzt werden.

4. Departementssekretariat, Dienstabteilungen

4.5.3 Allgemeine Kennzahlen ¹

Übertretungsstrafverfahren	2017	2018	2019	2020²	2021
Eingänge, Erledigungen und Pendenzen					
Pendente Geschäfte	7 926	13 517	10 541	7 763	9 725
Erfasste Geschäfte	96 980	95 134	76 380	58 204	62 639
Verfügte Geschäfte	96 541	89 543	79 357	60 982	62 079
Ø Durchlaufzeit bis zur Verfügung in Tagen	104	154	144	103	110
Pendente Einsprachen	979	481	350	391	630
Erfasste Einsprachen	6 042	4 974	3 462	2 158	2 655
Erledigte Einsprachen	6 443	5 397	3 564	2 079	2 401
Bezahlte Bussen und Gebühren in Franken	18 164 619	16 794 549	12 315 630	7 808 029	8 864 740
Umwandlung der nicht bezahlten Busse in Haft in Franken	1 779 723	1 633 118	1 149 915	830 687	1 068 960
Abarbeiten der Busse durch gemeinnützige Arbeit in Franken	175 437	150 647	137 176	89 644	105 056
Erfasste Deliktstypologien nach Häufigkeit (Auszug)					
Betäubungsmitteldelikte	2 342	2 566	1 817	1 507	1 720
Fahrender Verkehr (Geschwindigkeitsüberschreitungen, Rotlicht-Missachtungen usw.)	44 921	43 006	30 150	20 732	18 323
Fahren ohne gültigen Fahrausweis im öffentlichen Verkehr	7 067	8 106	12 448	10 327	11 403
Ruhender Verkehr (Parkierungsverstösse)	26 635	26 143	17 713	13 296	15 459
Verkehrsunfälle	2 372	2 182	2 157	1 811	1 944
Widerhandlungen gegen audienzrichterliche Verbote	3 425	2 495	2 696	2 234	2 400
Verlustscheininkasso					
Gesamtforderung aus allen Verlustscheinen in Franken	69 895 915	94 630 240	102 323 703	103 477 565	106 465 856
Ertrag in Franken	2 355 458	2 305 590	2 057 689	2 179 344	2 304 924 ²
Abgeschriebene Verlustschein-forderungen in Franken	1 028 399	309 254	419 034	1 767 620	1 424 039

¹ Die allgemeinen Kennzahlen wurden einer Generalrevision unterzogen.

² Effektiver Ertrag liegt bei Fr. 2 616 131. Einkassierte Beträge von mehr als Fr. 5000 müssen der Forderungseigentümerin rückerstattet werden.

4.5.4 Spezifische Kennzahlen

Beträge (in Fr.)	2017	2018	2019	2020	2021
Aufwand	21 507 560	20 841 539	18 521 200	19 333 770	16 744 640
Ertrag	-29 628 297	-26 491 343	-20 776 500	18 187 710	-19 375 219
Saldo	-8 120 737	-5 649 805	-2 255 300	1 146 061	-2 630 579

5. Parlamentarische Vorstösse

I. Unerledigte Motionen und Postulate¹

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2021)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 1985/5	04.12.1985 20.08.1986	Silvia Ramer (SP) Zähringer- und Predigerplatz, Umwandlung in eine Fussgängerzone

Der Stadtrat wird eingeladen, alle Möglichkeiten, die zur Verminderung der heutigen Verkehrsgefährdung zu Fuss gehender Bewohner und Besucher der Altstadt beitragen und zudem ganz allgemein die Situation der Fussgänger in den betreffenden Altstadtbereichen verbessern, zu prüfen, insbesondere

- die Umwandlung des Zähringer- und Predigerplatzes in eine autofreie und fussgänger-freundliche Zone im Zusammenhang mit dem Neubau der Zentralbibliothek;
- die Schaffung einer den Seilergraben zwischen Predigerplatz und Hirschengraben überquerenden, gut gestalteten Fussgängerbrücke.

Am 8. September 2021 wurde die Verfügung der Vorsteherin des Sicherheitsdepartements zur Aufwertung des Zähringer- und Predigerplatzes im städtischen Amtsblatt publiziert.

Die Verfügung sieht Folgendes vor:

- 26 Parkplätze am Zähringer- und Predigerplatz werden aufgehoben.
- Die verbleibenden Parkplätze sind neu den ganzen Tag erreichbar (Aufhebung der Nachtfahrverbotszone in diesem Bereich).
- Auf dem vorderen Teil des Zähringerplatzes bleiben die Parkplätze bestehen (Wenden auf Höhe Spitalgasse).
- Es gibt keine Ein- und Ausfahrten mehr aus dem Predigerplatz von/in den Seilergraben.
- Für die gesamte Fussgängerzone gilt die Ausnahmeregelung «Zufahrt für private Parkplätze, Güterumschlag, Hotellogiergäste, Taxi».

Gegen die angepassten Verkehrsvorschriften wurden Einsprachen erhoben, zurzeit läuft das Rechtsmittelverfahren, sodass die Umsetzung noch nicht erfolgen kann.

Postulat 2012/166	11.04.2012 30.01.2013	Guido Trevisan (GLP) und Ursula Uttinger (FDP) Beschränkung der Parkzeit für Velos im Gebiet der Grossbahnhöfe in der Stadt Zürich
----------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen wie unmittelbar rund um Zürcher Grossbahnhöfe von Montag bis Freitag eine beschränkte Parkzeit für Velos von maximal 48 Stunden eingeführt werden kann.

Im Sinne des Postulates hat der Stadtrat ein übergeordnetes, stadtweites Konzept für die Veloparkierung erarbeitet. Mit diesem Konzept werden grundsätzliche Stossrichtungen für die Veloparkierung in der Stadt Zürich festgelegt (Bewirtschaftung, standortgerechte Ausgestaltung etc.). Spezifisch für die Umgebung der beiden Bahnhöfe Hauptbahnhof und Stadelhofen wurde 2020 eine Studie mit Detailbetrachtungen zu den beiden Standorten durchgeführt.

Die Thematik ist Gegenstand der Motion GR Nr. 2017/435. Der Gemeinderat hat dieses Geschäft der SK SID/V zur Behandlung überwiesen.

¹ Abschreibungsanträge zu Postulaten wurden mit separater Vorlage dem Gemeinderat unterbreitet.

5. Parlamentarische Vorstösse

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2014/203	18.06.2014 02.07.2014	Pawel Silberring (SP) und Heinz F. Steger (FDP) Erweiterung der Gültigkeit der Jahres-Gewerbeparkkarte

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Gültigkeit der Jahres-Gewerbeparkkarte erweitert werden kann, so dass die Fahrzeuge von Montag bis Freitag auch auf weissen Parkplätzen mit Parkuhr abgestellt werden dürfen, wenn die Parkplätze eine maximale Parkdauer von 2 Stunden oder mehr aufweisen. Die Bedingungen sollen dabei ergänzt werden, so dass die Karte nur für dienstliche Einsätze verwendet werden darf.

Mit Beschluss vom 9. Juli 2020 hat der Stadtrat dem Gemeinderat den Erlass einer totalrevidierten Verordnung über die Parkierungs- und Zufahrtsbewilligungen (Parkkartenverordnung, PKV) beantragt. Darin wurde auch die Abschreibung dieses Postulats beantragt.

Die Weisung wurde seit Sommer 2020 in der SK SID/Verkehr beraten. Am 28. November 2021 stimmten die Stimmberechtigten dem kommunalen Richtplan Verkehr zu. Unter anderem sieht der Richtplan die Einführung des «Bieler Modells» (Anwohnerparkkarten werden nur abgegeben, wenn keine private Abstellmöglichkeit zur Verfügung steht) vor. Aufgrund dieser neuen Ausgangslage hat der Stadtrat am 1. Dezember 2021 die Weisung zur Parkkartenverordnung zurückgezogen (STRB Nr. 1232/2021). Er wird dem Gemeinderat im Jahr 2022 eine angepasste Weisung unterbreiten und dabei auch den Prüfauftrag des vorliegenden Postulats berücksichtigen.

Postulat 2014/385	26.22.2014 12.12.2014	Andrea Leitner Verhoeven und Walter Angst (beide AL) Höhere Fachschule für Rettungsberufe (HFRB), Einführung eines eigenen Rechnungskreises ab 2016
----------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird aufgefordert, die Höhere Fachschule für Rettungsberufe HFRB ab 2016 in einem eigenen Rechnungskreis zu führen.

Wie in der Weisung GR Nr. 2017/322 dargelegt, wird ab Inbetriebnahme des Neubaus des Ausbildungszentrums Rohwiesen AZR (neue Bezeichnung ab Inbetriebnahme: Bildungszentrum Blaulicht BZB) eine eigene Organisationseinheit mit offenem Kostenrechnungskreis eingerichtet (Institutions-Nr. 2551, Bildungszentrum Blaulicht). Diese Inbetriebnahme ist ab Januar 2023 geplant. Die organisatorischen Vorbereitungen zur Umsetzung des Kostenrechnungskreises im Hinblick auf die Budgetierung 2023 stehen kurz vor Abschluss.

Postulat 2015/233	01.07.2015 30.09.2015	Sven Sobernheim und Samuel Dubno (beide GLP) Errichtung einer Begegnungszone auf der Löwenstrasse zwischen dem Löwenplatz und der Sihlporte
----------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Löwenstrasse auf dem Abschnitt zwischen Löwenplatz und Sihlporte zu einer Begegnungszone umgestaltet werden kann.

Die Prüfung der Umsetzung einer Begegnungszone auf der Löwenstrasse erfolgt koordiniert mit der Strassensanierung der Löwenstrasse, Abschnitt Sihlporte bis Löwenplatz (TAZ-Bau-Nr. 17188). Darin wird die Gestaltung zur Begegnungszone vertieft geprüft.

Das Projekt steht zurzeit kurz vor Abschluss der Vorstudie. Die Umsetzung ist für ca. 2026 geplant. Das Strassensanierungsprojekt steht in engem Zusammenhang mit der Strassensanierung der Urania-/Sihlstrasse (TAZ-Bau-Nr. 06069).

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2016/470	21.12.2016 05.04.2017	Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne) Einrichtung einer Tempo-30-Zone an der Furttalstrasse innerhalb des Siedlungsgebietes

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie für die Furttalstrasse innerhalb des Siedlungsgebietes eine Tempo 30 Zone eingerichtet werden kann.

Im Gesamtkonzept für die dritte Etappe der Strassenlärmsanierung, das der Stadtrat am 1. Dezember 2021 verabschiedet hat, ist an der Furttalstrasse, zwischen der Wehntalerstrasse und der Siedlungsgrenze, die Einführung von Tempo 30 vorgesehen.

Da die regionale Buslinie 491 entlang der Furttalstrasse verläuft, sollen Massnahmen zur Sicherstellung des ÖV-Betriebs erarbeitet werden, bevor Tempo 30 eingeführt werden kann. Dabei soll der Fahrplan auf die geringere Geschwindigkeit angepasst werden, allenfalls ist die Beschaffung zusätzlicher Fahrzeuge notwendig. Bevor der definitive Entscheid über die Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30 km/h gefällt werden kann, ist nach der bundesrechtlichen Vorgabe mit einem Gutachten die Verhältnismässigkeit zu prüfen.

Postulat 2018/1	10.05.2017 10.01.2018	Stephan Iten und Stefan Urech (beide SVP) Gewerbefahrzeuge, Befreiung von den Parkgebühren auf öffentlichen Parkplätzen
--------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, wie Fahrzeuge für den gewerblichen Einsatz werktags zwischen 06.00 Uhr und 20.00 Uhr von den Parkgebühren auf den öffentlichen Parkplätzen (blaue und weisse Zone) befreit werden können.

Mit Beschluss vom 9. Juli 2020 hat der Stadtrat dem Gemeinderat den Erlass einer totalrevidierten Verordnung über die Parkierungs- und Zufahrtsbewilligungen (Parkkartenverordnung, PKV) beantragt. Darin wurde auch die Abschreibung dieses Postulats beantragt.

Die Weisung wurde seit Sommer 2020 in der SK SID/Verkehr beraten. Am 28. November 2021 stimmten die Stimmberechtigten dem kommunalen Richtplan Verkehr zu. Unter anderem sieht der Richtplan die Einführung des «Bieler Modells» (Anwohnerparkkarten werden nur abgegeben, wenn keine private Abstellmöglichkeit zur Verfügung steht) vor. Aufgrund dieser neuen Ausgangslage hat der Stadtrat am 1. Dezember 2021 die Weisung zur Parkkartenverordnung zurückgezogen (STRB Nr. 1232/2021). Er wird dem Gemeinderat im Jahr 2022 eine angepasste Weisung unterbreiten und dabei auch den Prüfauftrag des vorliegenden Postulats berücksichtigen.

Postulat 2017/168	07.06.2017 07.02.2018	AL-Fraktion Berichterstattung über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele des Sicherheitsdepartements (Diversity Management) und über den Gleichstellungsplan der Stadtpolizei
----------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele des Sicherheitsdepartements (Diversity Management) und des Gleichstellungsplans der Stadtpolizei Bericht zu erstatten. Im Bericht soll aufgezeigt werden, mit welchen Massnahmen der Frauenanteil im Bestand der Mitarbeitenden und in den Karrierestufen erhöht, der Anteil der Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund den Verhältnissen in der Bevölkerung angenähert und die Zahl der Beschäftigten mit einem starken Bezug zur Stadt erhöht werden können.

Ferner soll der Bericht aufzeigen, wie der Anteil anderer Minderheiten (z. B. trans* Menschen, homo- und bisexuelle Personen, Mitglieder einer minoritären Glaubensgemeinschaft, etc.) innerhalb des Sicherheitsdepartements gesteigert werden kann. Im Bericht sind die quantitativen Ziele für diese Schwerpunktthemen zu definieren.

Mit Weisung vom 4. Dezember 2020 hat der Stadtrat dem Gemeinderat Bericht erstattet und die Abschreibung des vorliegenden Postulats beantragt. Mit Beschluss vom 10. November 2021 hat der Gemeinderat vom Bericht Kenntnis genommen, die Abschreibung des Postulats jedoch abgelehnt und den Stadtrat beauftragt innerhalb eines Jahres eine Ergänzung gemäss Art. 95 Abs. 2 GeschO GR zu erstellen. Insbesondere soll der Bericht aufzeigen, wie der Anteil sozialer Minderheiten (z. B. trans Menschen, homo- und bisexuelle Personen und Mitglieder einer minoritären Glaubensgemeinschaft) am Personalkörper des Sicherheitsdepartements gesteigert werden kann. Ebenso sind im Bericht die quantitativen Ziele für die verschiedenen Diversity-Schwerpunktthemen zu definieren.

5. Parlamentarische Vorstösse

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2017/212	28.06.2017 20.09.2017	Pawel Silberring (SP) und Elena Marti (Grüne) Gestaltung der Hohlstrasse für ein sicheres Queren im Bereich der Überbauung Letzibach D

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Hohlstrasse im Bereich der neuen Überbauung Letzibach D so gestaltet werden kann, dass ein sicheres Queren für alle Bewohnende (insbesondere auch für die grosse Anzahl von älteren Personen und die vielen Kinder) gewährleistet werden kann (Mittelinsel, Lichtsignal, Tempo).

Im November 2021 hat das Tiefbauamt in Absprache mit der Dienstabteilung Verkehr die Planung eines Bauprojekts gestartet (TAZ-Bau-Nr. 21181). Vorgesehen ist ein Fussgängerstreifen mit einer Mittelinsel. Die Umsetzung ist für Juni 2022 geplant.

Postulat 2017/227	05.07.2017 23.05.2018	Heidi Egger (SP) und Reto Rudolf (CVP) Signalisation der Blumenfeldstrasse von der Mühlackerstrasse bis zum Emil-Spillmann-Weg als Begegnungszone
----------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, die Blumenfeldstrasse von der Mühlackerstrasse bis zum Emil-Spillmann-Weg, parallel zum Schulhaus, als Begegnungszone signalisieren könnte.

Die umgesetzte Trottoirnaase und die Anpassung des Geländers verbessern die Sichtbeziehungen zwischen Zufussgehenden und Fahrzeuglenkenden, sodass eine sichere Querung möglich ist.

Im Bereich des Schulhauses Blumenfeld werden derzeit die Einführung einer Begegnungszone sowie weitere Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Querungen der Zufussgehenden geprüft.

Postulat 2017/228	05.07.2017 23.05.2018	Sven Sobernheim Shaibal Roy (beide GLP) Pilotprojekt zur Einführung der «Idaho-Regelung» auf Velorouten
----------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er ein Pilotprojekt zur Einführung der sog. Idaho-Regelung auf Velorouten durchführen kann. Die Idaho-Regelung ermöglicht es, dass Velofahrende an einem Stoppschild analog zum Signal «Kein Vortritt» nicht mehr zwingend anhalten müssen und rote Ampeln wie Stoppschilder behandeln dürfen.

Die «Idaho-Regelung» sieht unter anderem vor, dass für den Veloverkehr im Falle eines signalisierten Stopps nur «kein Vortritt» gilt.

Die Stadt Zürich hatte in der Vernehmlassung des Bundes zur Revision der Verkehrsregeln und Signalisationsvorschriften sowohl die Einführung von Signalisationsmöglichkeiten für Idaho-Stops (d. h. «kein Vortritt» für den Veloverkehr) als auch für das Rechtsabbiegen bei Rot befürwortet. Der Bundesrat hat Idaho-Stops nicht in die am 20. Mai 2020 beschlossenen Gesetzesänderungen aufgenommen. Dagegen ist das Rechtsabbiegen bei Rot für den Veloverkehr unter bestimmten Bedingungen seit 1. Januar 2021 gesetzlich erlaubt. Die Dienstabteilung Verkehr hat seit Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Grundlagen an zahlreichen Kreuzungen die neue Signalisation angebracht, wo das Rechtsabbiegen bei Rot für den Veloverkehr neu gestattet ist.

Der Gemeinderat hat die Abschreibung des vorliegenden Postulats im vergangenen Jahr abgelehnt. Vor diesem Hintergrund prüft die Dienstabteilung Verkehr das weitere Vorgehen und insbesondere die Option, den Idaho-Stopp an geeigneten Stellen in der Stadt Zürich für den Veloverkehr zu testen, sofern das Bundesamt für Strassen (ASTRA) dazu die Zustimmung erteilt.

Postulat 2017/248	12.07.2017 30.08.2017	Severin Pflüger und Christian Huser (beide FDP) Fussgängerstreifen über die Birchstrasse im Bereich des Armin-Bollinger-Wegs sowie der Margrit-Rainer-Strasse
----------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob über die Birchstrasse im Bereich des Armin-Bollinger-Wegs sowie der Margrit-Rainer-Strasse Fussgängerstreifen eingezeichnet werden können.

Die Dienstabteilung Verkehr prüft in Zusammenarbeit mit der Schulinstruktorin der Stadtpolizei eine geeignete Markierung (Fussgängerstreifen, Füsschen) bei den Schulwegquerungen über die Birchstrasse. Zudem ist die Einführung einer Tempo-30-Zone geplant, die die Situation entschärfen wird.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2017/384	08.11.2017 05.09.2018	Derek Richter und Stephan Iten (beide SVP) Schaffung eines Linksabbiegers von der Schaffhauserstrasse in die Binzmühlestrasse

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, eine Möglichkeit für Linksabbieger, im Rahmen der Planung für die Etappe 3B der Anbindung Ost, von der Schaffhauserstrasse in die Binzmühlestrasse, also in östliche Richtung, zu schaffen.

Das Tiefbauamt hat 2021 für den Perimeter der Quartieranbindung Ost beim Bahnhof Oerlikon eine Vorstudie gestartet. Im Rahmen dieser Studie wird auch die Schaffung des Linksabbiegers von der Schaffhauserstrasse in die Binzmühlestrasse detailliert untersucht.

Der Stadtrat wird das Resultat seiner Prüfung mit der Weisung zur Motion GR Nr. 2016/387, Quartieranbindung Ost beim Bahnhof Oerlikon, Projektierung und Umsetzung der Etappe 3b, darlegen.

Motion 2017/460	20.12.2017 22.08.2018	SP-, SVP-, FDP- und CVP-Fraktionen Ausweitung der Gültigkeit der Gewerbeparkkarte für dienstliche Einsätze an Werktagen auf die weissen Parkplätze, Änderung der Parkkartenverordnung
--------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird aufgefordert eine Vorlage zur Änderung der Parkkartenverordnung vorzulegen mit dem Ziel, eine Gewerbeparkkarte zur Verfügung zu stellen, welche an Werktagen für dienstliche Einsätze neu auch das Parkieren auf weissen Parkflächen abdeckt und welche von Gewerbetreibenden mit Sitz in der Stadt Zürich zu einem gegenüber auswärtigen Mitbewerbern tieferen Preis erworben werden kann.

Mit Beschluss vom 9. Juli 2020 hat der Stadtrat dem Gemeinderat den Erlass einer totalrevidierten Verordnung über die Parkierungs- und Zufahrtsbewilligungen (Parkkartenverordnung, PKV) beantragt. Darin wurde auch die Abschreibung dieser Motion beantragt.

Die Weisung wurde seit Sommer 2020 in der SK SID/Verkehr beraten. Am 28. November 2021 stimmten die Stimmberechtigten dem kommunalen Richtplan Verkehr zu. Unter anderem sieht der Richtplan die Einführung des «Bieler Modells» (Anwohnerparkkarten werden nur abgegeben, wenn keine private Abstellmöglichkeit zur Verfügung steht) vor. Aufgrund dieser neuen Ausgangslage hat der Stadtrat am 1. Dezember 2021 die Weisung zur Parkkartenverordnung zurückgezogen (STRB Nr. 1232/2021). Er wird dem Gemeinderat im Jahr 2022 eine angepasste Weisung unterbreiten und dabei auch den vorliegenden Motionsauftrag berücksichtigen.

Motion 2018/4	10.01.2018 21.11.2018	Guy Krayenbühl und Sven Sobernheim (beide GLP) Parkierung der Fahrzeuge von Carsharing-Unternehmen auf öffentlichen Parkplätzen, Änderung der Vorschriften über die Parkierung- und Parkuhrkontrollgebühren
------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird beauftragt dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, welche die Vorschriften über die Parkierungs- und Parkuhrkontrollgebühren sowie die Parkkartenverordnung dahingehend anpasst, dass Fahrzeuge von Carsharing-Unternehmen und Auto-Abo-Geschäftsmodellen unkompliziert gegen eine jährliche Gebühr auf sämtlichen öffentlichen Parkplätzen der Blauen Zone parkiert werden können. Dabei ist auf einen angemessenen hohen Gebührenrahmen zu achten und der durch Carsharing reduzierte Flächenverbrauch soll entsprechend kompensiert werden.

Mit Beschluss vom 9. Juli 2020 hat der Stadtrat dem Gemeinderat den Erlass einer totalrevidierten Verordnung über die Parkierungs- und Zufahrtsbewilligungen (Parkkartenverordnung, PKV) beantragt. Darin wurde auch die Abschreibung dieser Motion beantragt.

Die Weisung wurde seit Sommer 2020 in der SK SID/Verkehr beraten. Am 28. November 2021 stimmten die Stimmberechtigten dem kommunalen Richtplan Verkehr zu. Unter anderem sieht der Richtplan die Einführung des «Bieler Modells» (Anwohnerparkkarten werden nur abgegeben, wenn keine private Abstellmöglichkeit zur Verfügung steht) vor. Aufgrund dieser neuen Ausgangslage hat der Stadtrat am 1. Dezember 2021 die Weisung zur Parkkartenverordnung zurückgezogen (STRB Nr. 1232/2021). Er wird dem Gemeinderat im Jahr 2022 eine angepasste Weisung unterbreiten und dabei auch den vorliegenden Motionsauftrag berücksichtigen.

5. Parlamentarische Vorstösse

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/17	17.01.2018 21.11.2018	SP-Fraktion Verzicht auf neue Mischverkehrsflächen für den Velo- und Fussverkehr sowie Abbau von bestehenden Mischverkehrsflächen auf Trottoirs

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auf neue Mischverkehrsflächen, auf welchen der Velo- und der Fussverkehr gemeinsam auf Trottoirs geführt wird, verzichtet werden kann. Ebenso wird der Stadtrat aufgefordert zu prüfen, wie bestehende Mischverkehrsflächen auf Trottoirs abgebaut werden können. Zudem wird der Stadtrat auch eingeladen, im jährlichen Geschäftsbericht jeweils eine Liste mit den abgebauten sowie allfälligen neuen Mischverkehrsflächen auf Trottoirs zu publizieren.

Das Anliegen des Postulats, wonach auf neue Mischverkehrsflächen, auf welchen der Velo- und der Fussverkehr gemeinsam auf Trottoirs geführt wird, verzichtet werden soll, ist umgesetzt. Entsprechende neue Verkehrsanordnungen werden nicht mehr erlassen.

Zum Abbau der bestehenden Mischverkehrsflächen wurde ein Projektteam eingesetzt. Der Bestand und der Fortschritt des Abbaus wird jährlich im Geschäftsbericht ausgewiesen. Die vom Stadtrat beantragte Abschreibung des Postulats hat der Gemeinderat mit der Begründung abgelehnt, dass sie erst beim Vorliegen substantieller Erfolge gutgeheissen werde.

Per Ende 2021 blieben noch 67 Mischverkehrsflächen (48 sogenannte «Griffel-Fälle» und 19 weitere) zu sanieren, davon sind:

- 3 Expressprojekte in Arbeit
- 32 Bauprojekte in Planung
- 15 Machbarkeitsstudien in Erarbeitung
- 9 Situationen sistiert
- bei 8 Fällen ist ein Entscheid über die Weiterverfolgung hängig.

Postulat 2018/111	14.03.2018 06.03.2019	Eduard Guggenheim und Mischa Schiwow (beide AL) Angebot von Kursen für Velofahrerinnen und Velofahrer ohne Kostenfolge für die Stadt
----------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie zur Vermeidung von Velounfällen ein Paket mit umfassenden Massnahmen erarbeitet werden kann.

Die Erfahrung zeigt, dass Erwachsene kaum freiwillig an praktischen Velofahrkursen vor Ort teilnehmen, selbst wenn diese kostenfrei sind.

Es soll daher ein anderer Ansatz mit demselben Ziel verfolgt werden: Die Dienstabteilung Verkehr beteiligt sich als Praxispartnerin an einem Forschungsprojekt der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW). In diesem Projekt werden die fehlenden Velofahrkompetenzen von Erwachsenen ermittelt und entsprechende Lernmodule entwickelt.

Im Jahr 2022 soll in der Stadt Zürich erstmals ein Velofahrkurs für Erwachsene online angeboten werden. Dieses Angebot ist niederschwellig und damit erfolgsversprechend. Bei erfolgreicher Absolvierung des Kurses erhalten die Teilnehmenden symbolisch das «Züri-Velo-Billet» und eine kleine Anerkennung (z. B. Gratisminuten bei einem Veloverleihsystem).

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2018/356	19.09.2018 29.01.2020	Florian Blättler und Heidi Egger (beide SP) Reduzierung der Autoabstellplätze in der Blauen Zone der Grubenackerstrasse nach Aufhebung der Kleingärten an der Thurgauerstrasse

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, in welchem Umfang nach der Aufhebung der Kleingärten an der Thurgauerstrasse die Autoabstellplätze in der Blauen Zone der Grubenackerstrasse reduziert werden können, und ob auf die Lockerung des Fahrverbotes auf der Grubenackerstrasse verzichtet werden kann.

Im März/April 2021 fand die koordinierte Planaufgabe nach §16 für das Strassenbauprojekt (TAZ Bau-Nr. 17028) im Perimeter des neuen Quartierparks statt. Mit diesem Projekt werden im Projektperimeter entlang der Grubenackerstrasse 15 Blaue Zone-Parkplätze aufgehoben. Der Park wird 2023/24 gebaut.

Die koordinierte Planaufgabe nach §16 für das Strassenbauprojekt (TAZ Bau-Nr. 16022) des restlichen Perimeters der Grubenackerstrasse ist im Herbst 2022 vorgesehen. Im Rahmen dieses Projekts ist eine weitere Reduktion der Anzahl Blaue Zone-Parkplätze geplant.

Postulat 2018/377	19.09.2018 08.01.2020	Luca Maggi (Grüne) und Christina Schiller (AL) Kennzeichnung sämtlicher mobiler und standortgebundener Videoüberwachungskameras
----------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er sämtliche Videoüberwachung durch die Stadtpolizei im Sinne von Art. 32b Abs. 3 PoIG am konkreten Standort ausreichend kennzeichnen und die Bevölkerung auf die Überwachung hinweisen kann. Dies gilt auch für mobile Kameras (MotCams, Videoteams, allfällige Bodycams). Die Kennzeichnung hat dabei durch Hinweistafeln, Piktogramme oder Anzeigen auf Bildschirmen an den entsprechenden Standorten zu erfolgen. Zusätzlich sollen sämtliche Kameraeinsatzorte auf einer Karte im Internet aufgeführt werden. Weiter wird der Stadtrat aufgefordert zu prüfen, wie die verdeckte temporäre Videoüberwachung von öffentlichen Brennpunkten ohne entsprechende Kennzeichnungen sofort gestoppt werden kann. Sind solche Kameras heute schon im Einsatz, sollen diese bis zur entsprechenden Kennzeichnung ausser Betrieb genommen werden.

Motion 2018/503	19.12.2018 16.12.2020	GLP-Fraktion Digitale Transformation der Verkehrslenkung betreffend Gewährung der Fahrplansicherheit, innovative Ampelsteuerung und Einführungszenarien für die intelligente Verkehrsnetzwerk
--------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen für eine digitale Transformation der Verkehrslenkung. Folgenden Aspekten ist dabei besondere Aufmerksamkeit zu schenken:

- Gewährleistung der Fahrplansicherheit und ÖV-Priorisierung auch an Stellen, die keine Eigentrassierungen zulassen
- Innovative Ampelsteuerung mit dem Ziel die Verkehrslenkung so zu gestalten, dass durch die passgenauen ÖV-Freigabezeiten, bedarfsgerechtere Zeitfenster für Zufussgehende, Velofahrende und für sonstige Verkehrsmittel entstehen
- Einführungszenarien für die intelligente Verkehrsnetzwerk (Vehicle-to-everything V2X)

Die zum Einsatz kommenden Systeme sollen im Rahmen der Smart-City-Innovationsförderung weiter optimiert werden und sicherstellen, dass personenbezogene und sicherheitsrelevante Daten in besonderem Masse geschützt werden.

Postulat 2019/59	06.02.2019 27.01.2021	Pascal Lamprecht (SP) und Sven Sobernheim (GLP) Markierung von Fussgängerstreifen, wo sie der Sicherheit der Bevölkerung dienen
---------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Fussgängerstreifen, dort wo es der Sicherheit der Bevölkerung hilft, belassen bzw. neu markiert werden. Insbesondere soll geprüft werden, wie Art. 4 Abs. 2 der Verordnung über Tempo-30-Zonen dahingehend angewendet werden kann, dass das Verkehrsaufkommen als Faktor für das sog. «besondere Vortrittsbedürfnis für FussgängerInnen» berücksichtigt wird.

5. Parlamentarische Vorstösse

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Motion 2019/57	21.02.2019 16.12.2020	Luca Maggi (Grüne) und Christina Schiller (AL) Einführung einer Bewilligungspflicht für die Überwachung des öffentlichen Raums durch private Videokameras

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Weisung vorzulegen, welche eine Bewilligungspflicht für die Überwachung des öffentlichen Raums durch Videokameras Privater festlegt. Dabei soll insbesondere gewährleistet werden, dass die Bevölkerung vor übermässiger Überwachung durch Private geschützt wird und solche Kameras bei einer allfälligen Bewilligung durch die Stadt ausreichend und gut sichtbar gekennzeichnet werden.

Postulat 2019/81	06.03.2019 17.04.2019	Nicole Giger (SP) und Andri Silberschmidt (FDP) Einführung von Mediterranen Wochen in Zürich als Pilotversuch
---------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, **Mediterrane Wochen in Zürich als Pilotversuch einzuführen**. In den Monaten Juni bis August sollen bewilligte Terrassen- und Boulevardflächen am Wochenende (Freitag- und Samstagabend) zwei Stunden länger bewirtet werden dürfen. Dabei soll es sich vorerst um einen auf zwei Jahren befristeten Pilotversuch handeln.

Am 30. Oktober 2019 verfügte die Vorsteherin des Sicherheitsdepartementes, dass in sämtlichen städtischen Quartieren in den Monaten Juli und August 2020 an je zwei Wochenenden pro Stadtkreis verlängerte Öffnungszeiten gelten würden. Dagegen erhoben diverse Quartiervereine Einsprache, weshalb das Pilotprojekt in den Sommermonaten 2020 (u. a. aber ebenfalls aufgrund der Covid-Ausnahmesituation) nicht umgesetzt werden konnte.

Mit Beschluss des Stadtrates vom 4. März 2020 wurde die Einsprache beurteilt und abgewiesen. Gegen diesen Einspracheentscheid des Stadtrats erhoben der Quartierverein Zürich 1 rechts der Limmat sowie 44 weitere Rekurrierende mit gemeinsamer Eingabe vom 14. April 2020 Rekurs beim Baurekursgericht und beantragten die Aufhebung des angefochtenen Beschlusses. Mit Entscheid vom 19. Juni 2020 trat das Baurekursgericht auf den Rekurs nicht ein. Hiergegen erhoben der Quartierverein Zürich 1 rechts der Limmat sowie 43 weitere Rekurrierende mit gemeinsamer Eingabe vom 26. August 2020 Beschwerde an das Verwaltungsgericht und beantragten, das angefochtene Urteil aufzuheben.

Mit Entscheid vom 29. Oktober 2020 trat das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich auf die Beschwerde der Quartiervereine im Zusammenhang mit dem Projekt mediterrane Nächte nicht ein, da für die Sommerperiode 2020 kein aktuelles Rechtsschutzinteresse mehr bestand. Ebenfalls lagen keine Anhaltspunkte vor, ausnahmsweise vom Erfordernis eines aktuellen Interesses abzusehen.

Zurzeit prüft das Sicherheitsdepartement einen neuen, angepassten Pilotversuch. Ein solcher kann frühestens im Sommer 2022 stattfinden.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2019/93	13.03.2019 17.04.2019	Sven Sobernheim (GLP) und Andri Silberschmidt (FDP) Ausgestaltung der Gebührenregeln für Free-floating Zweiradangebote hinsichtlich eines vielfältigen und effektiv nachgefragten Angebots

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie seine neuen Gebührenregeln für Free-floating Zweiradangebote so ausgestaltet werden können, damit sie ein vielfältiges, von den Nutzenden in Zürich effektiv nachgefragtes Angebot ermöglichen, welches das Ziel der integrierten öffentlichen Mobilität unterstützt, statt gefährdet. Dabei sollen maximal die Kosten, welche der Verwaltung anfallen, gedeckt werden. Insbesondere soll bei Zweiradanbietenden, welche den öffentlichen Raum nicht übermässig in Anspruch nehmen (max. 10 % Nutzung der öffentlichen Abstellflächen), keine Nutzungsgebühren anfallen. Falls Anbietende abgabepflichtig werden, soll diese Abgabe abhängig von der Grösse der Flotte, Verteilung auf dem Stadtgebiet, Intensität der Nutzung, etc. sein. Insgesamt darf die Abgabe nicht innovationsverhindernd und nicht marktverzerrend sein.

Die Benutzungsgebühren für den stationslosen Fahrrad-, Motorfahrrad- und Motorradverleih sind mit Änderung der Benutzungsgebührenordnung am 1. April 2019 in Kraft getreten. Mit Entscheid vom 7. Juli 2020 hat das Statthalteramt des Bezirks Zürich in einem Fall entschieden, dass die bestimmungsgemässe und gemeinverträgliche Nutzung der Stassen durch die Verleihanbieter weder einer Bewilligungs- noch einer Gebührenpflicht unterstellt werden können. Das Verwaltungsgericht hat diesen Entscheid des Statthalters mit Entscheid vom 16.12.2021 aufgehoben, die Beschwerde der Stadt gutgeheissen und festgestellt, dass ein stationsloser Zweiradverleih ab 30 Fahrzeugen einen bewilligungs- und gebührenpflichtigen gesteigerten Gemeingebrauch des öffentlichen städtischen Grunds darstellt. Die Grenze zwischen bewilligungslosem und gesteigertem Gemeingebrauch bei 30 Verleihfahrzeugen sei vertretbar. Im Weiteren stellt das Verwaltungsgericht fest, dass die Gebührenpflicht keine verfassungswidrige Ungleichbehandlung gegenüber der Betreiberin eines konzessionierten, stationsbasierten Veloverleihsystems mit Betriebspflicht und nicht identischem Angebot ist. Auch die beanstandete Kautionspflicht pro Fahrzeug sei rechtmässig.

Der Entscheid des Verwaltungsgerichts ist zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht rechtskräftig.

Postulat 2019/217	22.05.2019 12.06.2019	FDP-Fraktion Ermöglichung einer freiwilligen Teilnahme von Erwachsenen an der Schüler-Veloprüfung
----------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie sich Erwachsene freiwillig und gegen eine kostendeckende Gebühr an der Schüler-Veloprüfung anmelden und daran teilnehmen können.

Die Veloprüfung der Stadtzürcher Fünftklässlerinnen und -klässler bildet den abschliessenden Höhepunkt einer vierphasigen Velo-Ausbildung, die ihren Anfang bereits in der dritten Klasse nimmt. Sie findet im schulischen Umfeld mit verkehrserzieherischem Kontext statt und richtet sich ausschliesslich an Schülerinnen und Schüler. Die Teilnahme von Erwachsenen ist unter pädagogischen und didaktischen Gesichtspunkten ungünstig.

Die Erfahrung zeigt zudem, dass Erwachsene kaum freiwillig an praktischen Velofahrkursen teilnehmen. Der Stadtrat verfolgt daher einen anderen Ansatz mit demselben Ziel: Die Dienstabteilung Verkehr beteiligt sich als Praxispartnerin an einem Forschungsprojekt der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW). In diesem Projekt werden die fehlenden Velofahrkompetenzen von Erwachsenen ermittelt und entsprechende Lernmodule entwickelt. Im Jahr 2022 soll in der Stadt Zürich erstmals ein Velofahrkurs, bestehend aus Modulen für Theorie und Praxis, für Erwachsene online angeboten werden. Dieses Angebot ist niederschwellig und damit erfolgsversprechend. Bei erfolgreicher Absolvierung des Kurses erhalten die Teilnehmenden symbolisch das «Züri-Velo-Billet» und eine kleine Anerkennung, zum Beispiel eine Gutschrift bei einem Veloverleihsystem.

Postulat 2019/225	22.05.2019 27.01.2021	Elena Marti (Grüne) und Alan David Sangines (SP) Verzicht auf Zirkusvorstellungen mit Tieren in der Stadt
----------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er verhindern kann, dass im Rahmen der kommerziellen Unterhaltungsindustrie und von kulturellen Vorstellungen in der Stadt Zürich wilde Tiere zum Einsatz kommen. Es sollen ausschliesslich domestizierte Haustiere zugelassen werden.

5. Parlamentarische Vorstösse

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2019/257	12.06.2019 10.03.2021	Sven Sobernheim (GLP) und Res Marti (Grüne) Automatische Voranmeldung auf wichtigen Velorouten
<p>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auf wichtigen Velorouten eine örtlich vorgezogene automatische Voranmeldung stattfinden kann, sodass der Velofahrende, vergleichbar mit dem Bus, beim Eintreffen am Lichtsignal mit grösserer Wahrscheinlichkeit auf ein Grünsignal trifft. So könnte eine grüne Welle fürs Velo geschaffen werden, welche es bisher nur für den motorisierten Individualverkehr gibt.</p>		
Postulat 2021/89	19.06.2019 10.03.2021	AL-, FDP-, Grüne- und SVP-Fraktionen Beschränkung der Öffnungszeiten der Zürcher Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle (ZAB)
<p>Der Stadtrat wird beauftragt, die Öffnungszeiten der Zentralen Ausnüchterungszelle (ZAB) auf die Wochentage Freitag (Donnerstag nach Mitternacht) bis Sonntag (Mittag) zu beschränken.</p>		
Postulat 2019/292	26.06.2019 10.03.2021	Martina Zürcher und Raphaël Tschanz (beide FDP) Verbesserung der Sicherheit der Velofahrenden von der Duttweilerbrücke Richtung Herdernstrasse
<p>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie mit einfachen Mitteln die Sicherheit der Velofahrenden von der Duttweilerbrücke Richtung Herdernstrasse verbessert werden kann. Insbesondere soll die rote Belagsmarkierung beim Entstehen der Abbiegespur auf der Brückenrampe, welche bei der Baustelle im Sommer 2018 überteert wurde, wieder angebracht werden. Ausserdem sind Position und Breite der «Veloinself» am Ende der Brücke zu prüfen.</p>		
Postulat 2019/294	26.06.2019 10.03.2019	Elena Marti und Katharina Prelicz-Huber (beide Grüne) Benennung von neuen Strassen und Plätzen nach Frauen
<p>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie neue Strassen und Plätze in der Stadt Zürich grundsätzlich nach Frauen benannt werden können.</p>		
Postulat 2019/329	10.07.2019 09.06.2021	David Garcia Nuñez und Ezgi Akyol (beide AL) Benennung des Parks zwischen der Badener- und Zweierstrasse nach Rosa Luxemburg
<p>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob der Park zwischen Badenerstrasse und Zweierstrasse den Namen Rosa-Luxemburg-Park erhalten kann.</p>		
Postulat 2019/336	10.07.2019 09.06.2021	GLP-, Grüne- und SP-Fraktionen Vereinfachtes Beantragen von Begegnungszonen durch die Bevölkerung sowie vermehrte Initiierung solcher Zonen durch die Verwaltung
<p>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Beantragen von Begegnungszonen durch die Bevölkerung vereinfacht und die Kriterien für die Einrichtung von Begegnungszonen so überarbeitet werden können, dass künftig mehr und qualitativ hochstehende Begegnungszonen (vgl. neue Begegnungszone Wollishofen) realisiert werden. Zudem soll geprüft werden, wie die Verwaltung künftig selbst vermehrt Begegnungszonen auslösen kann und wie – neben Begegnungszonen in Wohnquartieren – auch vermehrt Begegnungszonen in Geschäftsbereichen (z. B. Einkaufsstrassen) eingerichtet werden können.</p>		
Postulat 2019/465	30.10.2019 09.06.2021	Përparim Avdili (FDP) und Pascal Lamprecht (SP) Verbesserung der Verkehrssicherheit rund um den Farbhof sowie in der Badener- und Dachslerenstrasse
<p>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die verkehrlichen Sicherheitsbedingungen rund um den Farbhof, sowie in der Badenerstrasse und in der Dachslerenstrasse infolge der Limmattalbahn verbessert werden können. Insbesondere sollen dabei Schulwege sicherer gestaltet werden und entsprechende Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger getroffen werden. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls zu prüfen, wie die Verkehrsbeziehungen um den Farbhof (allenfalls lichtsignalgesteuert) optimiert werden, also aus dem Quartier stadtauswärts direkt in Richtung Schlieren (ohne U-Turn auf der Badenerstrasse) und ins Quartier mit Linksabbieger in die Karstlemstrasse oder in den Kelchweg.</p>		

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2019/480	06.11.2019 04.12.2019	Stephan Iten und Derek Richter (beide SVP) Nutzung der Busspur für Velofahrende, Pilotprojekt auf der Wehntalerstrasse

Der Stadtrat wird aufgefordert, in einem Pilotprojekt auf der Wehntalerstrasse, Abschnitt Neu-Affoltern bis Zehntenhausplatz, zu prüfen, wie Velofahrende die Busspur mitbenützen können.

Nach Abschluss des Pilotprojekts soll ein Bericht erstellt werden, welche Erkenntnisse aus diesem Versuch gezogen werden können und ob auch auf anderen Abschnitten diese Art der Verkehrsführung einen möglichen Mehrwert bringen würde.

Wie im letztjährigen Bericht zum Postulat erwähnt, diene die Errichtung der Busspur bei der Wehntalerstrasse der kurzfristigen ÖV-Bevorzugung vor der Umsetzung des Projekts Tram Affoltern. Die Nutzung der Busspur für Velofahrende konnte dabei nicht umgesetzt werden, da sie aufwändige Anpassungen im Strassenraum und an den Lichtsignalanlagen nötig gemacht hätte. Diese wären im Rahmen von Sofortmassnahmen nicht möglich gewesen, sondern hätten ein herkömmliches Bauprojekt bedingt, das im besten Fall erst wenige Jahre vor dem Projekt Tram Affoltern ausgeführt werden könnte.

Im Rahmen des Projekts Tram Affoltern wird ein Veloangebot gemäss Velonetz (Velovorzugsroute und Hauptnetz) geschaffen.

Eine Öffnung der Busspur, die an lichtsignalgesteuerten Knoten endet, wird für Velofahrende an der Hardstrasse (Richtung Hardbrücke) geprüft. Dabei werden die Herausforderungen und Möglichkeiten aufgezeigt, sodass sie bei ähnlichen Situationen ebenfalls angewendet werden können.

Postulat 2020/65	26.02.2020 27.01.2021	AL-, GLP-, Grüne- und SP-Fraktionen Besserer Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner der Achse Bucheggstrasse/ Rosengartenstrasse/Hardbrücke vor den negativen Auswirkungen des Strassenverkehrs
---------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, mit welchen Massnahmen die AnwohnerInnen der Achse Bucheggstrasse/Rosengartenstrasse/Hardbrücke kurzfristig vor den negativen Auswirkungen des Strassenverkehrs besser geschützt werden können. Dazu ist eine breite Auslegeordnung aller möglichen und realisierbaren Massnahmen vorzunehmen.

Motion 2020/159	06.05.2020 02.09.2020	Stephan Iten und Emanuel Eugster (beide SVP) Erlass der Gebühren für das laufende und das nächste Jahr für die Aussen- und Boulevardcafés auf öffentlichem Grund
--------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gastgewerbe die Gebühren für die Aussen- beziehungsweise Boulevardcafés auf öffentlichem Grund für dieses und nächstes Jahr zu erlassen. Jenen, die den Betrag für das Jahr 2020 bereits einbezahlt haben, soll dieser unkompliziert zurückerstattet werde

Motion 2020/243	10.06.2020 15.09.2021	Luca Maggi (Grüne) und Christina Schiller (AL) Ersetzung der Bewilligungspflicht für politische Kundgebungen und Demonstrationen durch ein Meldeverfahren
--------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, welche sowohl die Allgemeine Polizeiverordnung sowie damit verbunden die Verordnung über die Benutzung des öffentlichen Grundes (Benutzungsordnung) dahingehend ändert, dass die Bewilligungspflicht für politische Kundgebungen und Demonstrationen durch ein Meldeverfahren ersetzt wird. Die Ausgestaltung des Meldeverfahrens ist dem Gemeinderat in einer Weisung zu unterbreiten.

Postulat 2020/311	08.07.2020 24.11.2021	Balz Bürgisser und Markus Knauss (beide Grüne) Umwandlung von kommunalen Strassen bei Schulanlagen in Begegnungszonen
----------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Abschnitte von kommunalen Strassen bei Schulanlagen sicherer gestaltet werden können – beispielsweise durch die Reduktion des MIVs, Temporeduktion und Fussgängerstreifen.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2020/322	08.07.2020 24.11.2021	Simone Brander (SP) und Markus Knauss (Grüne) Konzept mit Massnahmen und institutionalisierten Prozessen für eine konsequente Priorisierung des öffentlichen Verkehrs

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ein Konzept mit entsprechenden Massnahmen und institutionalisierten Prozessen erstellt werden kann, so dass der öV konsequent priorisiert wird. Gleichzeitig soll die Zusammenarbeit zwischen DAV, TAZ und VBZ weiter gestärkt und institutionalisiert werden und auch die Zusammenarbeit mit den kantonalen Zuständigen soll weiter verbessert werden.

Postulat 2020/578	09.12.2020 06.01.2021	Alan David Sangines (SP) und Martin Bürki (FDP) Pilotprojekte zur lärmdämmenden Gestaltung des öffentlichen Raums in Bezug auf das Nachtleben
----------------------	--------------------------	---

Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Rahmen von Pilotprojekten verschiedene Massnahmen getestet werden können, um den öffentlichen Raum in Bezug auf den durch das Nachtleben verursachten Lärm lärmdämmend zu gestalten / zu möblieren.

Postulat 2021/3	06.01.2021 20.01.2021	Cathrine Pauli (FDP) und Sofia Karakostas (SP) Grossbaustelle Hochschulgebiet Zürich Zentrum (HGZZ), Mobilitätskonzept für einen reibungslosen Verkehrsfluss aller Verkehrsteilnehmenden und zum Schutz der Anwohnenden vor Schleichverkehr und Emissionen
--------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen ein Mobilitätskonzept vorzulegen, das mittels folgender Massnahmen einen reibungslosen Verkehrsfluss aller Verkehrsteilnehmenden, den Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner vor Schleichverkehr sowie Emissionen in Zusammenhang mit der Grossbaustelle HGZZ sicherstellt:

1. Auf den Routen des Baustellenverkehrs wird auf alle Tiefbaustellen verzichtet, die nicht unbedingt notwendig und werterhaltend sind, um den täglichen Mehrverkehr von geschätzten 380 LKW-Fahrten aufzunehmen.
2. Verzicht auf Strassensperrungen und Signalisationsänderungen, welche den Baustellenverkehr erschweren oder auf nicht direkte Routen umleiten.
3. Zusätzliche Unterstützungsmassnahmen für einen reibungslosen Ablauf der Grossbau stellen im Bereich HGZZ, um den Verkehrsfluss für alle Verkehrsteilnehmende aufrechtzuerhalten und um Schleichverkehr ins Quartier zu verhindern.
4. Sicherstellung einer reibungslosen Zusammenarbeit mit dem Kanton im Hinblick auf Baustellenlogistik und den damit zusammenhängenden Mehrverkehr.
5. Gewährleistung grösstmöglicher Sicherheit für Fussgängerinnen und Fussgänger sowie für Velofahrende.

Postulat 2021/208	19.05.2021 02.06.2021	Balz Bürgisser und Markus Knauss (beide Grüne) Wegackerstrasse entlang dem Schulareal Leimbach bis zur Bruderwies, Sperrung für den motorisierten Individualverkehr und kinderfreundliche Gestaltung
----------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Abschnitt der Wegackerstrasse entlang dem Schulareal Leimbach bis zur Bruderwies als Begegnungszone und kinderfreundlich gestaltet werden kann.

Postulat 2021/301	30.06.2021 14.07.2021	Urs Riklin und Brigitte Fürer (beide Grüne) Pfungstweidstrasse und Duttweilerstrasse, Massnahmen zur Reduktion der verkehrsbedingten Lärmbelastung und Erhöhung der Sicherheit für zu Fuss Gehende und Velofahrende
----------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auf der Pfungstweidstrasse, mindestens im Abschnitt zwischen der Pfungstweidstrasse Nr. 55 und Nr. 96, sowie auf der Duttweilerstrasse, mindestens im Abschnitt zwischen der Förlibuckstrasse und Pfungstweidstrasse, Massnahmen ergriffen werden können, welche die verkehrsbedingte Lärmbelastung deutlich reduzieren und die Sicherheit für zu Fussgehende wie auch Velofahrende erhöhen. Insbesondere soll die maximal zulässige Fahrgeschwindigkeit in diesen Abschnitten nicht über 30 km/h liegen.

Gruppe GR Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
Postulat 2021/329	14.07.2021 22.09.2021	Roland Hurschler und Brigitte Fürer (beide Grüne) Abschnitte der Hofwiesen- und Wehntalerstrasse um das Guggach-Areal, Tempo- reduktion und Umgestaltung zur Gewährleistung der Schulwegsicherheit

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die das Guggach-Areal umgebenden Abschnitte der Hofwiesen- und Wehntalerstrasse so umgestaltet werden können, dass das Queren einfacher und sicherer möglich ist. Dies mittels gestalterischen Massnahmen sowie einer Temporeduktion zur Gewährleistung der Schulwegsicherheit der Kindergarten- und Schulkinder.

Postulat 2021/382	29.09.2021 10.11.2021	Martin Bürki (FDP) und Alan David Sangines (SP) Verlängerung der Konditionen für die Gastrounternehmen zur Nutzung der Aussenflächen im Winter 2021/2022 sowie Nutzung der bisher nicht genutzten Innenflächen als Restaurantflächen
----------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie man den Gastrounternehmen die Möglichkeit geben kann, im Winter 2021/22 die bisherigen Aussenflächen zu denselben Konditionen wie im Winter 2020/2021 zu nutzen. Es soll weiterhin ohne Baubewilligung möglich sein, eine geschlossene Struktur (Zelt, etc.) auf diese Fläche zu stellen und auch gemäss dem Stadtratsentscheid vom 21. Oktober 2020 zu beheizen.

Zusätzlich sollen den Gastrounternehmen erlaubt werden, Innenflächen, die bisher nicht genutzt wurden, als Restaurantfläche zur Verfügung zu stellen. Die Bestimmungen, die bei gastgewerblichen Zwischennutzungen von bis zu 30 Tagen möglich sind, sollen für den Winter 2021/22 auf maximal 6 Monate, das heisst bis Ende März 2022 möglich sein.

Der Stadtrat hat die Verlängerung der Konditionen für Gastrounternehmen mit Stadtratsbeschluss (STRB) Nr. 1061/2021 vom 27. Oktober 2021 bis 31. März 2022 aufgrund der Covid-19 Massnahmen des Bundes gewährt.

Postulat 2021/428	03.11.2021 24.11.2021	Balz Bürgisser (Grüne) und Maya Kägi Götz (SP) Erhöhung der Fussverkehrssicherheit beim Übergang über die Seestrasse bei der Tramhaltestelle Museum Rietberg
----------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Fussverkehrssicherheit beim Übergang über die Seestrasse bei der Tramhaltestelle «Museum Rietberg» erhöht werden kann.

Postulat 2021/459	24.11.2021 08.12.2021	GLP-Fraktion Bericht zur Ermöglichung von Teilzeitarbeit bei der Stadtpolizei im Frontdienst
----------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird aufgefordert einen Bericht zu erstatten, wie Teilzeitarbeit bei der Stadtpolizei auch im Frontdienst ermöglicht werden soll. Dies mit dem Ziel die Work-Life-Balance zu gewährleisten.

Postulat 2021/461	24.11.2021 08.12.2021	AL-Fraktion Bericht zur geplanten Stellenerhöhung bei der Stadtpolizei
----------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob und wie dem Gemeinderat der Bericht zur Stellenerhöhung bei der Stadtpolizei vorgelegt werden kann. Der Bericht soll den «Antrag betreffend Stellenerhöhung bei der Stadtpolizei Zürich bis ins Jahr 2030» vom 16. Juli 2021 enthalten. Es wird gewünscht, dass dieser Bericht dem Gemeinderat so rasch als möglich unterbreitet wird, damit die Stadtpolizei so rasch als möglich Planungssicherheit erhält.

Postulat 2021/476	01.12.2021 08.12.2021	SVP-Fraktion Dauerhafte Senkung der Gebühren für das Gewerbe um 15 %
----------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er die Gebühren für das Gewerbe dauerhaft um 15 % senken kann. Die Gebührenreduktion soll insbesondere folgende Bereiche und Branchen umfassen: Boulevardcafes, Taxibewilligungen, Marktbewilligungen, Flohmarkt, Lebensmittelmarkt, Kranzmarkt, Christbaumverkauf, Verkaufsstand am See, Verkaufsstand im Umherziehen, Marronihäuser, öffentlicher Grund zu Sonderzwecken, Verkauf pflanzlicher Erzeugnisse, gemeinnütziger Strassenverkauf, Verkauf von Zeitschriften, Wartezone, Weihnachtsdekoration, Pflanzenbehälter, Gastwirtschaftspatente, Nachtcafes und Veranstaltungen.

